

iNSIDER

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen



NR. 03

Herbst 2015

26. Jahrgang



// GEW-BERUFSSCHULTAG 2015 //



**VERÄNDERUNGEN
ALS CHANCE WAHRNEHMEN!**

9. Oktober 2015



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



auch in diesem *i*nsider gibt es wie gewohnt aktuell heiße Themen und Hintergrundinformationen, nützliche Hinweise auf (Unterrichts-)Materialien, auf Projekte an Schulen und nicht zuletzt eine zusammengefasste Darstellung unseres GEW-Berufsschultages „Veränderungen als Chance wahrnehmen!“.

Aktuell bedeutsame Themen für die Berufliche Bildung und die Beruflichen Schulen werden z.B. auf S. 3 im Schul-Info der GRÜNEN Hessen benannt und Vorschläge unterbreitet. Wir sollten die GRÜNEN diesbezüglich beim Wort nehmen, auch durch Äußerungen (Beschlüsse, Anfragen und Resolutionen) schulischer Institutionen. Weniger erfreulich ist das Vorhaben des Kultusministeriums, zum Schuljahr 2016/17 in der Fachoberschule zentrale Prüfungen einführen zu wollen (S. 6/7). Und auch nicht immer positiv zu würdigen ist der bisherige staatliche Umgang mit jungen Flüchtlingen, die zum Teil bis heute vor der Tür der beruflichen Schulen stehen, wie das Beispiel der Kerschensteiner Schule in Wiesbaden zeigt (S. 22). Wie die Behaim-Schule in Darmstadt mit der Belegung ihrer Sporthalle durch Flüchtlinge umgeht zeigt der Beitrag auf S. 8/9. Das Handbuch Islam und Schule (S. 23) gibt wichtige Informationen für PädagogInnen v.a. zur Prävention.

Einen immer bedeutsameren Part spielen Berufliche Schulen in privater Trägerschaft. Sie nehmen nicht nur Auszubildende vor allem großer Unternehmen auf (z.B. REWE in Offenbach), sondern bieten inzwischen nahezu die gesamte Palette der staatlichen beruflichen Schulformen an. Zwei Beispiele dokumentieren dies (S. 19-21). Auch hier ist widerständige Aktivität gegenüber der staatlichen Administration angesagt.

Besonders hinweisen möchte ich auf den Wettbewerb der „Gelben Hand“ (letzte Seite), der Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden eine aktivierende politische und kreative Plattform im Unterricht bietet und auch mit Preisen verbunden ist. Die Maler-azubildenden der Willy-Brand-Schule in Gießen haben dies im letzten Wettbewerb eindrucksvoll genutzt.

Und schließlich bietet der Beitrag auf S. 28-30 eine sprachlich geschliffene Auseinandersetzung mit der Gendersprache, eine hilfreiche und sprachlich zuweilen amüsante Auseinandersetzung mit den Schräg- und Unterstrichen und sonstigen Gender-Sprach-Bemühungen.

Mit diesen Hinweisen wünsche ich eine zum Nachdenken und zum Einmischen anregende Lektüre sowie die Aufnahme und Verarbeitung nützlicher Informationen, Schmunzeln einbegriffen. Auf Rückmeldungen positiver oder kritischer Art freuen wir uns!

Euer

Dieter Freidt

INHALTSVERZEICHNIS

GRÜNE und SPD- aktuell	3
news	4
Zentrale Prüfungen für FOS	6
Tempo, Tricks und Tempo	8
hprll-intern	10
17 modernisierte Ausbildungsberufe	11
Ausbildungsreport 2015	12
Neue Publikationen	14
GEW- Berufsschultag 2015	15
Stellenwert der Berufsbildenden Schulen für den Hochschulzugang	18
Private Berufsschulen – Wem nützen sie?	19
Das ist das Pack	21
InteA - Unterrichtsräume und Lehrkräfte fehlen	22
Handbuch Islam und Schule	23
Materialien für einen guten Unterricht: Böckler.Schule	24
Deutscher Weiterbildungsatlas	25
Ausbildungsmarkt aus den Fugen?	26
Zwischen Kommunikation, Correctness und Symbolik: „I“ „/in“ „x“ „_“ „*“	29
Ökonomie und Gesellschaft	31
Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2015/2016!	32

Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung

Schul-Info der Landtagsfraktion der GRÜNEN Hessen

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, dass jeder junge Mensch, der einen Ausbildungsplatz sucht, auch einen bekommt. Auf dem Weg dahin war besonders die Arbeit der Arbeitsgruppe 4 des Bildungsgipfels von großer Bedeutung, die sich mit diesem Thema beschäftigt hat. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule und die Neugestaltung des Übergangsbereichs. Die Studien- und Berufswahl soll verbindlicher organisiert werden, Modelle der geförderten vollqualifizierenden Berufsausbildung sollen erprobt werden. Junge Menschen, die im dualen System keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, sollen ein möglichst praxisnahes durch die öffentliche Hand organisiertes Ausbildungsangebot erhalten.

Das pädagogische Prinzip der Produktionsschulen wollen wir stärken und als festen Bestandteil der Bildungslandschaft in Hessen verankern. Durch die Verbindung von praktischen, berufsnahen Tätigkeiten und Lernen an diesen Schulen erhalten Jugendliche, die an allgemeinbildenden Schulen Schwierigkeiten hatten, oftmals einen neuen Zugang zu Bildung.

Besonders wichtig finden wir auch die Zusammenführung und Strukturierung der vielen schulischen Angebote im Übergangsbereich in eine Form, die besser auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler eingeht und unproduktive Warteschleifen vermeidet.

Den Dschungel an unübersichtlichen Möglichkeiten der Förderung wollen wir lichten, um den Jugendlichen einen einfachen Weg zum Nachholen eines Schulabschlusses bzw. zum Einstieg in die Berufsausbildung zu ermöglichen.

Wir sehen es auch als unsere Aufgabe, die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. Ein wichtiger Schritt dazu ist es, beruflich Qualifizierten den Weg an die Hochschulen zu ermöglichen. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung muss erhöht und die Hürden für beruflich Qualifizierte zur Aufnahme eines Studiums gesenkt werden.

Oktober 2015

SPD: Der Lernort Berufsschule muss gestärkt werden

Wer eine gute duale Berufsbildung will, muss auch den Lernort Berufsschule stärken und qualifizieren. Der Lernort Berufsschule muss durch verbesserte Lehrerbildung und durch Forschung an den Hochschulen auf die Zukunft ausgerichtet werden. Damit wird zugleich ein Zeichen an die Länder gesetzt, die Lehrstühle für Berufspädagogen zu erhalten und auszubauen.

„Eine gute universitäre Ausbildung von Berufsschullehrern und Berufspädagogen auf Masterniveau ist eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität beruflicher Bildungsgänge. Dies bedingt zu einem großen Teil das hohe Niveau der dualen Ausbildung in Deutschland. Alle an der Verbesserung der Berufsausbildung interessierten Stellen müssen deshalb auch mit

besonderer Aufmerksamkeit darauf achten, dass es in Zukunft eine umfassende und akademisch qualifizierte Ausbildung von Berufsschullehrkräften gibt. Forschung und Lehre zur beruflichen Bildung muss an den Universitäten erhalten und weiter ausgebaut werden.

Hinweise darauf, dass die Zahl der Lehrstühle im Bereich der Berufsschulpädagogik in den vergangenen Jahren signifikant abgenommen hat, dürfen deshalb nicht länger ignoriert werden. Im Interesse der Sicherung von Quantität und Qualität in der beruflichen Bildung und hier speziell in der dualen Berufsausbildung fordern wir eine umfassende Bestandsaufnahme zur Situation der Berufsschullehrerausbildung an den Universitäten in Deutschland. Diese Daten werden dringend gebraucht,

um in der Kultusministerkonferenz und bei den Ländern, aber auch in der Hochschulpolitik des Bundes rechtzeitig gegen zu steuern und die Berufsschullehrerausbildung auf die Zukunft auszurichten. Die berufliche Bildung ist in dieser Legislaturperiode ein Schwerpunktthema der SPD-Bundestagsfraktion. Neben der Allianz für Aus- und Weiterbildung wollen wir aktuell die Situation des Lernorts Berufsschule in Deutschland in den Blick nehmen. In enger Abstimmung mit den Bundesländern arbeiten wir deshalb an einer Initiative zur Stärkung der universitären Berufsschullehrerausbildung in Deutschland.“

Ernst-Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion 14.08.2015

Schulwettbewerb

Zum Schuljahr 2015/2016 startet der siebte Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zu Entwicklungspolitik unter dem Motto „alle für EINE WELT für alle“. Das diesjährige Thema lautet „Umgang mit Vielfalt: Unterschiede verbinden – Gemeinsam einzigartig!“. Beiträge jeder Form können von Schüler/-innen bis zum 1. März 2016 eingereicht werden.

Näheres unter

www.eineweltfueralle.de

Das neue Portal – der Weg zur Lehrzeit im Ausland

Das neue Onlineportal der IBS - der Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung - informiert zu weltweiten berufsbildenden Auslandsaufenthalten und unterstützt bei Planung und Durchführung. Unter www.go-ibs.de finden Sie u.a. eine Datenbank, in der erstmalig alle Programme und Finanzierungshilfen verzeichnet sind, die für die berufliche Qualifizierung im Ausland genutzt werden können.

DGB-Konzept zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen junger Flüchtlinge

Unser Bildungssystem steht vor einem Kraftakt. Unter den rund eine Million Flüchtlingen, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, werden hunderttausende Kinder und Jugendliche sein – vie-

le von ihnen zum Teil schwer traumatisiert. „Jetzt erst recht brauchen wir mehr Plätze in Kitas, Schulen, Hochschulen – und auch mehr betriebliche Ausbildungsplätze. In den Flüchtlingsheimen darf keine „verlorene Generation“ entstehen“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Elke Hannack. Die Frage des Bildungszugangs von Flüchtlingen müsse dringend auf die Agenda. Der DGB hat konkrete Vorschläge, wie die Bildungschancen von jungen Flüchtlingen verbessert werden können.

Bezug bei der Redaktion.

Allianz für Aus- und Weiterbildung verabschiedet Erklärung: „Gemeinsam für Perspektiven von Flüchtlingen“

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung, in der Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Bund und Länder vertreten sind, hat ihre Erklärung „Gemeinsam für Perspektiven von Flüchtlingen“ vorgestellt. Darin wurden wichtige Schritte vereinbart: Die Integrationskurse sollen aufgestockt werden. Junge Flüchtlinge bekommen die Chance, ihren Schul- und Berufsabschluss nachzuholen.

Die ausbildungsbegleitenden Hilfen und die Assistierte Ausbildung sollen auch für Flüchtlinge geöffnet werden. Gewerkschaften und Arbeitgeber wollen aber noch mehr. „Das A und O bei der Integration in Ausbildung ist ein sicherer Aufenthaltsstatus der Azubis. Sie brauchen für die Dauer der Ausbildung und anschließend für

zwei weitere Jahre einen gesicherten Aufenthaltsstatus außerhalb des Duldungssystems. Nur mit einer solchen sicheren Perspektive werden auch Betriebe Flüchtlingen eine Ausbildung geben können.“ *Die Erklärung ist bei der Redaktion erhältlich*

Materialien Umweltschutz

Greenpeace bietet kostenlos Materialien nicht nur für den Politikunterricht, z.B. Arbeitsblätter mit konkreten Aufgabenstellungen etwa zum Einsatz schädlicher Chemikalien in der Textilproduktion oder zur Arktis und den Auswirkungen des Klimawandels etc. *Telefonisch unter 040-306 18 120 oder online: greenpeace.de/bildungsmaterialien*

WSI-Verteilungsmonitor

Fakten zur sozialen Ungleichheit bietet der Verteilungsmonitor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Zu Themen wie Löhne und Gehälter, Einkommensungleichheit, Armut und Reichtum gibt es Datentabellen und Grafiken zum Download www.boeckler.de/wsi_50509.htm

Berufsbindung bei jungen Erwerbstätigen

Mehr als die Hälfte der 18- bis 24-jährigen Erwerbstätigen mit dualer Berufsausbildung arbeiten in ihrem erlernten Beruf (52 Prozent). Weitere 32 Prozent arbeiten in einem Beruf, der mit der Ausbildung zumindest verwandt ist. Im

Durchschnitt üben nur 16 Prozent dieser Altersgruppe eine Tätigkeit aus, die mit dem erlernten Beruf nichts mehr zu tun hat. Unterscheidet man nach Schulabschluss, weisen Hauptschulabsolvent_innen die höchsten Berufswechselquoten auf (rund 24 Prozent). Mit höherem Schulabschluss liegt die Wechselquote bei etwa 13 Prozent. Männer wechseln häufiger aus dem erlernten Beruf (ca. 18 Prozent) als Frauen (knapp 13 Prozent). Auch eine Ausbildung im Handwerk führt deutlich häufiger zu einem Berufswechsel als eine Ausbildung in der Industrie (21 Prozent/11 Prozent).

www.bibb.de/bwp-2-2015

Abgehängte junge Generation

Mehr als 20.000 junge Menschen in Deutschland fallen derzeit aus Schule und Ausbildung, aber auch aus sozialen Einrichtungen komplett heraus. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) warnt in seinem Report „Entkoppelt vom System“ vor einer Vernachlässigung der Jugendhilfe.

www.dji.de

Hochschulen und Wirtschaft

Wegen zunehmend klammer Kassen gehen immer mehr Hochschulen Kooperationen mit der Wirtschaft ein. 2013 flossen fast 1,4 Milliarden Euro aus Unternehmen an Hochschulen, ein Fünftel aller Drittmittel. Auch mit Stiftungsprofessuren sichert sich die Wirtschaft Einfluss.

Näheres unter

www.hochschulwatch.de

Arbeitslosigkeit

Bildung gilt nach wie vor als das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg besagt, dass nur 2,5 Prozent der

Akademiker_innen im Jahr 2013 arbeitslos waren. Bei Personen ohne berufliche Qualifikation lag die Quote bei 20 Prozent. Noch seltener als die Akademiker_innen waren jedoch die Techniker_innen und Meister_innen von Arbeitslosigkeit betroffen.

www.iab.de

Fachkräftemangel im Besonderen

Laut einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sind vom Fachkräftemangel 96 Berufsgruppen betroffen. Vor allem in drei Bereichen fehlen Fachkräfte: in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen, zu denen Mechatroniker und Zerspanungsmechaniker gehören. In klassischen Handwerksberufen, etwa bei der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Drittens mangelt es in Gesundheitsberufen wie der Alten- und Krankenpflege stark an Personal. Linderung könnte laut Studie die Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitstellen bringen, immerhin arbeiten der Studie zufolge von den knapp über fünf Millionen Beschäftigten in Engpassberufen rund eine Million in Teilzeit, davon allein 670 000 im Gesundheitssektor.

Fachkräftemangel allgemein

Nach Prognosen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Zuwanderung von heute rund 45 Millionen auf etwa 37,5 Millionen im Jahr 2030 und 29 Millionen im Jahr 2050 sinken. Wie groß letztendlich die resultierende Lücke bei den Arbeitskräften ausfallen wird hängt aber von vielen Faktoren ab, insbesondere von der Höhe der Zuwanderung, der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Beschäftigung Älterer.

NA-Jahresbericht 2014

Der Jahresbericht 2014 nimmt das erste Jahr im neuen EU-Programm Erasmus+ unter die Lupe und stellt weitere europäische bzw. internationale Initiativen zur Bildungszusammenarbeit vor - und das im frischen, neuen Design. Der Bericht kann kostenlos auf der Website der NA beim BIBB bestellt oder heruntergeladen werden.

Zusammenstellung und
Ausführungen
Dieter Staudt



ZENTRALE PRÜFUNGEN IN DER FACHOBERSCHULE

Begründungen und Einwände

Einleitung

Mit der letzten größeren Änderung im Jahr 2012 schrieb das hessische Kultusministerium die Möglichkeit von zentral gestellten Prüfungsaufgaben in die Verordnung (FOSVO 2013, §14). Dabei blieb es, bis sich im letzten Schuljahr die Nachrichten verdichteten, dass auf die Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2015/ 2016 in die Fachoberschule eingeschult werden, erstmalig zentrale Prüfungen zukommen. Kolleginnen und Kollegen berichteten, dass sie von ihren Schulleiterinnen und Schulleitern für Aufgabenkommissionen benannt wurden. Im Oktober haben sich diese Kolleginnen und Kollegen getroffen, um den „Prozess“ zentrale Prüfung voranzutreiben.

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer, Eltern-, Schülervertretungen oder gar die GEW erhielten keine Information zu diesem Vorhaben. Die inhaltliche Auseinandersetzung, inwiefern eine zentrale Prüfung für Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule sinnvoll ist, wurde nicht geführt. Im folgenden Beitrag sollen deswegen generell die Begründungen für zentrale Prüfungen allgemein, mögliche Einwände und deren Wirkung auf die spezielle Schulform erörtert werden.

Begründungen für zentrale Prüfungen

Die Einführung von zentralen Prüfungen dient aus Sicht der Befürworter unterschiedlichen Zwecken. So zitiert Ludger Wößmann in der Zeitschrift für Pädagogik den amerikanischen (Bildungs-)ökonom John H. Bishop (Wöß-

mann 2008, 810). Danach würde die Schülerleistung im Hinblick zu einem „externen Standard“ bewertet und nicht relativ zur eigenen Klasse. Als Wirkung beschreibt er, dass zentrale Prüfungen den Leistungsstand der Schülerinnen und Schülern ihnen selbst, weiterführenden Schulen, Eltern und potentiellen Arbeitgebern transparent darstellen. Weiterhin ließe sich durch die zentrale Prüfung vermeiden, dass die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Leistungsfähigkeit negativ verschleiern, um bei dezentraler Prüfung einfacher besser bewertet zu werden. Wößmann sieht außerdem in den zentralen Prüfungen Beurteilungskriterien, womit Eltern oder Schulleiter das Handeln der Lehrkräfte bewerten können (vgl. WÖßMANN 2008, 812).

Die Lehrkräfte setzen in ihrem Unterricht inhaltliche Schwerpunkte je nach Interesse, besonderem Wissen oder auch Überlegungen im Hinblick auf die Bedeutung von Unterrichtsgegenständen. Die Zentralisierung setzt hier Grenzen, die durchaus gewollt sind, damit die Abschlüsse vergleichbar werden [vgl. HOLMEIER 2013, 56]. Die Lehrkräfte werden angehalten, ihren Unterricht weiterzuentwickeln, damit die Schülerinnen und Schüler vorfindliche „Aufgabenformate“ lösen können, ohne sie aber punktgenau auf die Prüfung vorzubereiten, wie dies bei einer dezentralen Prüfung der Fall wäre. Ein Argument, das durchaus aus gewerkschaftlicher Sicht eine Rolle spielen könnte, ist der sinkende Arbeitsaufwand, weil das Erstellen der Prüfungsaufgaben wegfällt.

Die Befürworter zentraler Prüfungen untersuchen auch, ob sich deren Einsatz positiv auf Schülerleis-

tungen auswirkt. Sie denken dies nachweisen zu können, da sowohl im internationalen als auch im nationalen Vergleich positive Effekte eintreten. Wößmann kommt zu dem Schluss, dass „zentrale Abschlussprüfungen im internationalen Vergleich mit wesentlich besseren Schülerleistungen einhergehen. [...] Der gleiche Zentralprüfungseffekt findet sich in statistisch nicht zu unterscheidender Größenordnung auch im Vergleich der deutschen Bundesländer“ (vgl. WÖßMANN 2008, 824). Ebenfalls konstatiert der Autor, „dass zentrale Abschlussprüfungen ansonsten tendenziell eher negative Effekte erhöhter Schulautonomie in positive Effekte umdrehen“ (ebd.).

Einwände

Vielfach ergeben sich die Einwände der Kritiker durch die Spiegelung der Argumente der Befürworter. Zwar wirken zentrale Prüfungen als transparent, Lernen, Eltern, Schulleitungen und potentielle Arbeitgeber können Schulen miteinander vergleichen und die Schulen konkurrieren so um das beste „Ranking“. Ist die Schule mit dem schlechteren Ergebnis aber wirklich immer die schlechtere oder muss sie mit ganz anderen Ausgangsbedingungen kämpfen? Die Ungleichheit entsteht hier schon durch „den sozialen Einzugsbereich der Schulen“, die „Mobilisierungsfähigkeit“ der Fördervereine, die „Ausstattungsstandards der Bundesländer“ und der Schulträger [vgl. Gondermann 2008, 8].

Kritiker bemängeln weiterhin, dass die oben erwähnte beabsichtigte Wirkung, die Fokussierung auf das Wesentliche, die pädagogische

Freiheit der Lehrkräfte aushebelt. Sie „führe zu thematischer Engführung („teaching to the test““ [VAN ACKEREN 2008, 30]. Gleichzeitig geht möglicherweise ein bisher erreichtes Unterrichtsniveau verloren, weil „Inhalte von zentraler Stelle kaum mit der erforderlichen Tiefe der Aufgabenstellung als Folge einer mangelnden Passung mit dem tatsächlichen Unterricht abfragbar“ sind [ebd., 31]. Es sei zu erwarten, dass das kreative Moment des Unterrichtens vollkommen der Vorbereitung auf die Prüfung geopfert wird. Dies gilt sowohl für die Inhalte als auch die Methoden. [vgl. HOLMEIER 2013, 60].

Im Hinblick auf die Schülerleistungen argumentieren die Gegner einer zentralen Prüfung, dass ein kausaler Zusammenhang nicht hergestellt werden kann [Demmer 2008, 13]. Aber auch die Autoren Büschel, Jürges und Schneider formulieren in ihrem Aufsatz für das DIW, dass „theoretisch [...] positive Effekte zu erwarten [sind]. Empirisch jedoch ist der Kausaleffekt nicht ohne weiteres zu identifizieren“ [BÜCHEL u.a. 2003, 249].

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf das Erlangen der Studierfähigkeit. Die Kritiker wenden ein, dass zentrale Prüfungen nicht das selbständige tiefere Durchdenken von Inhalten und Problemen nebst eigenständiger Recherche fördern – Fähigkeiten, die im Studium zwingend notwendig sind.

Zentrale Prüfung in der Fachoberschule

Nachdem im Abitur und bei den Prüfungen in der Sekundarstufe I zentrale Prüfungen eingeführt wurden, soll dies in der Fachoberschule ebenso geschehen. Die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen kennen externe Prüfungen zu genüge. Die

Kammern führen in der beruflichen Erstausbildung bundesweit einheitliche schriftliche Prüfungen durch.

Mit dem Erwerb der Fachhochschulreife können sich junge Menschen für die meisten Bachelor-Studiengänge (auch an Universitäten) in Hessen bewerben. Die Frankfurter Universität macht hier eine Ausnahme. Insofern konkurrieren die Absolventen der Fachoberschule mit denen der gymnasialen Oberstufe. Die Befürworter einer zentralen Prüfung reklamieren, dass die Leistungen der Lernenden gegenüber weiterführenden Bildungseinrichtungen transparent und vergleichbar werden. Im Hinblick auf die beschriebene Konkurrenzsituation zwischen den Schulformen hilft die Zentralisierung aber nicht.

Die Fachoberschulverordnung sieht vor, dass „der Unterricht [...] durch die Vermittlung von wissenschaftlichen und fachrichtungsverbindenden Arbeitsmethoden und Fähigkeiten für das Hochschulstudium propädeutischen Charakter haben“ [FOSVO 2013, §1(2)]. soll. Zentrale Prüfungen können aber im Hinblick auf die Studierfähigkeit negative Folgen haben, wie weiter oben ausgeführt wurde. Die gleiche inhaltliche Tiefe ist im Vergleich zur gymnasialen Oberstufe schon allein aufgrund des kürzeren Bildungsgangs nicht zu erreichen – der Umfang des Unterrichts in den allgemeinbildenden Fächern ist viel geringer, insbesondere dadurch, dass die Schülerinnen und Schüler im Jahrgang 11 drei Tage im Praktikumsbetrieb verbringen. Lediglich der Vergleich der Leistungen unter den Fachoberschulabsolventen könnte ggf. hergestellt werden. Die Organisation der Fachoberschule führt dann allerdings möglicherweise dazu, dass der Jahrgang 12 als reines Prüfungsjahr durch die Schülerinnen und Schüler empfunden wird.

Abschließende Einschätzung

Ich habe die Debatte um zentrale Prüfungen kurz dargestellt. Letztendlich gibt es in der vorliegenden Literatur keine eindeutigen Hinweise, die belegen, dass mit zentralen Prüfungen bessere Schülerleistungen oder Schulleistungen erbracht werden. Vielmehr erscheint es so, dass es sich um ein Instrument der Schulsteuerung handelt. Eine solche Vermutung äußert Susanne Gondermann: „Ein zentrales Landesabitur [...] nährt die Versuchung, mit Rankinglisten und Benchmarks zu arbeiten. Was wäre geeigneter als direkte Leistungsvergleiche, um den Wettbewerb zwischen Kolleg/innen, zwischen Schulen und Ländern anzuheizen und dadurch die Leistungsfähigkeit aller Betroffenen zu steigern?“ [vgl. Gondermann 2008, 8] Dass es sich hier um eine ernstzunehmende Befürchtung handelt, bestätigt Ludger Wößmann: „Zentrale Prüfungen stellen aber Informationen dazu bereit, ob die Schulen gute oder schlechte Leistungen hervorbringen, so dass Eltern und Schulbehörden mögliche Konsequenzen zu leistungshemmenden Verhalten der Schulen ziehen können.“ [Wößmann 2008, 822]

Es bedarf deswegen m.E. der erneuten Debatte mit dem hessischen Kultusministerium, warum zentrale Prüfungen generell und speziell für die Fachoberschule von Nöten sind. Im Hinblick auf die bisherige Beteiligung bildungspolitischer Akteure in Hessen ist dies vom HKM aber kaum zu erwarten. Die GEW Hessen wird die Diskussion hierzu immer wieder einfordern.

Carsten Leimbach

Die angefügte Literaturliste kann bei der Redaktion angefordert werden.

Schülerinnen und Schüler der Martin-Behaim-Schule Darmstadt sind begeistert vom Projekt WHEELUP! mit Rollern, Waveboards und Co.

TEMPO, TRICKS UND TECHNIK – SPORTUNTERRICHT IM SKATEPARK

„Schneller, schneller!“ rufen die Schülergruppen ihren Klassenmitgliedern bei der abschließenden Stunt-Scooter-Staffel zu. Jedes Team möchte unbedingt gewinnen. Die Schülerinnen und Schüler der Martin-Behaim-Schule (kurz: MBS) aus Darmstadt haben sichtlich Spaß an der Bewegung mit den rollenden Sportgeräten. Das Ende des Sportunterrichts im Skateplaza zwischen Berufsschulzentrum Nord und Bürgerpark naht. Doch aufhören möchten nur die Wenigsten. „Das wollen wir jetzt jede Woche machen!“ meint einer der angehenden Industriekaufleute und bezieht sich dabei auf die Unterrichtsstunde mit Rollern, Waveboards, Skateboards und Co.



Auslöser der Idee, den Skatepark zu nutzen, war der Umstand, dass die Sporthalle des Berufsschulzentrums Nord seit dem 21.09.2015 nicht mehr zur Verfügung steht. Die Halle wird – wie viele andere Sporthallen auch – aktuell und auf ungewisse Zeit für Flüchtlinge als Notunterkunft genutzt.

Die Martin-Behaim-Schule stand somit vor der Herausforderung, nach Alternativen zu suchen, um den Sportunterricht für die Berufsschule und die Fachoberschule weiterhin aufrecht zu erhalten. Auf der Sportfachkonferenz

wurden kurz- und langfristige Vorschläge diskutiert und sich u. a. dafür entschlossen, das Pilotprojekt WHEELUP! durchzuführen. Dank der Förderung der AOK Hessen konnten Schülerinnen und Schüler

aus dem Voll- und Teilzeitbereich der MBS eine Woche lang die rollenden Sportmaterialien kostenlos im Sportunterricht nutzen.

Den Sportunterricht vorerst im Freien stattfinden zu lassen und die umliegenden Bewegungsmöglichkeiten wie bspw. den Skatepark zu nutzen, ist jedoch wetterbedingt nur eine spontane Lösung. „Spätestens nach den Herbstferien benötigen wir wieder eine Halle, um unseren Schülerinnen und Schülern sportliche Aktivität zu ermöglichen“, so das Credo des Sportkollegiums. Durch das En-

gagement des Fachbereichs Sport konnte mittlerweile in der causa „fehlende Sporthalle“ ein mittelfristiges Ergebnis erzielt werden: Der Darmstädter Verein TG 1875 – im Sportpark Ziegelbusch unweit der MBS beheimatet – stellt diversen Schulen Hallenzeiten zur Verfügung. Ein Großteil des Sportunterrichts der MBS kann somit für unbestimmte Zeit sicher gestellt werden. Wie lange jedoch die Sporthalle des Berufsschulzentrums Nord zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wird, lässt sich momentan nicht verlässlich vorhersagen.

In der akkreditierten Lehrerfortbildung zu Beginn der Rollsportwoche des WHEELUP!-Projekts wurden den teilnehmenden Sportlehrern grundlegende Möglichkeiten zur Nutzung der Materialien und zum didaktischen Stunden Aufbau vermittelt. Roller, Stunt-Scooter, Kickboards, Waveboards (Anm.: Skateboard-ähnliches Funsportgerät), Long- sowie Beach-



boards und Heelys (Anm.: Schuhe mit einer Rolle unterhalb des Fersebereichs) standen als attraktive Bewegungsformen aus dem Funwheel-Sektor zur Verfügung. Durch Begleitmedien wie Trainingskarten mit zu erlernenden Tricks unterschiedlicher Schwierigkeitsstufen können das Fahrkönnen verbessert und schnelle Lernerfolge erzielt werden. Das Fazit der Fortbildung lautete: Auch den Lehrern hat die Bewegung auf Rollen jede Menge Spaß gemacht!

Im Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern auf dem für Berufsschulsport eher ungewohnten Terrain des Skateparks war die Freude über diese besondere Sportstunde deutlich zu erkennen. Zwar gab es unter den Azubis aus den Bereichen Industrie, Steuer, Spedition und Gesundheit auch vorsichtige Blicke ob der außergewöhnlichen Sportgeräte. Jedoch war diese anfängliche Skepsis meist nach wenigen Fahr-

ten passé. Im frontal gestalteten ersten Stundenabschnitt sollten die Lernenden ihre Fahrtechnik verbessern und Sicherheit gewinnen, indem verschiedene Möglichkeiten des Bewegens auf den Rollern und Scootern getestet wurden.

Der Schwierigkeitsgrad der Übungen steigerte sich zunehmend, aber ohne Zwang. Vom Fahren auf einem Bein oder in der tiefen Hocke, über kleine Sprünge bis hin zum sogenannten

Titanic-Trick (Anm.: freihändiges Fahren, wobei die Oberschenkel gegen den Lenker drücken und diesem Halt geben, während die Hände nach außen weggestreckt werden) sorgten kleine Wagnissituationen für Spannung. Da die Komplexität der Bewegungsformen individuell angepasst werden konnte wurde differenziertes Lernen möglich. In der anschließenden Partnerarbeit war die Fantasie der Berufsschüler gefragt. Aufgabe war es, eigene Tricks zu entwickeln und diese anschließend anderen Klassenmitgliedern zu vermitteln. Somit wurde die Kooperation und Kommunikation zwischen den Auszubildenden gefördert. Der abschließende Staffel-Wettkampf trug



dem Leistungsgedanken des Sportunterrichts Rechnung und erhöhte gleichzeitig die Motivation innerhalb der Teams, sich gegenseitig zu unterstützen.

Im zweiten Stundenabschnitt durften die Lernenden selbstständig Bewegungserfahrungen mit den restlichen Sportgeräten sammeln. Die meisten Azubis standen zuvor noch nie auf einem Waveboard oder trugen Heelys. Durch diese neuen Bewegungsformen entstan-

den auch für sportlich Begabte Herausforderungen. Schülerinnen und Schüler, die bereits über die nötigen Fahrkompetenzen verfügten, konnten als Experten den Anfängern mit Tipps und Hilfestellungen zur Seite stehen. Es entwickelte sich ein selbstbestimmtes Lernen mit kleinen oder größeren Erfolgserlebnissen.

In der abschließenden Unterrichtsevaluation bestätigten sich die während der Stunde beobachteten Eindrücke. Die anfängliche Enttäuschung der Lernenden über die nicht mehr zur Verfügung stehende Sporthalle war zumindest für diese eine Sportstunde vergessen. „Das Wetter hat gehalten, die Schülerinnen

und Schüler hatten Spaß und nehmen viele neue Erfahrungen aus dem Unterricht mit. Ich hoffe, dass diese Sportstunde einen Beitrag zur aktiven Freizeitgestaltung und zu lebenslangem Sporttreiben der jungen Erwachsenen geleistet hat“, so lautete das Resümee von Kai Vogt – Lehrer für Sport und Wirtschaft an der Martin-Beheim-Schule und Initiator der WHEELUP! Aktionswoche.

Die positiven Erfahrungen mit den Rollsportgeräten sollen auf jeden Fall im nächsten Jahr wiederholt oder sogar institutionalisiert werden, sei es im Rahmen des alljährlich stattfindenden Sportfestes der Fachoberschule oder im regulären Sportunterricht. In letzterem Fall hoffentlich trotz einer baldmöglichst wieder zur Verfügung stehenden Sporthalle.

Kai Vogt

Hauptthemen in der kurzen Zeit zwischen Sommer- und Herbstferien waren der Einstellungserlass und die Beschulung von Flüchtlingen und Zuwanderern. Erfreuliches gibt es für Berufler bei der Anerkennung ruhegehaltstfähiger Dienstzeiten zu vermelden, weniger erfreuliches ist zu den geplanten zentralen FOS-Prüfungen zu berichten.

Einstellungserlass

Im Einstellungserlass werden die beiden Einstellungsverfahren, Rangliste und Ausschreibung, geregelt. Deshalb wurde er intensiv erörtert. Es konnte sich auf einen Kompromiss geeinigt werden. Die Gewichtung des ersten und zweiten Staatsexamens wurde nur geringfügig zu Gunsten des zweiten verschoben, das Ministerium wollte eine wesentlich stärkere Gewichtung, und die Bonusregelung wurde im Sinne des HPRLL und der GEW geändert. Durch die Bonusregelung wird es Menschen, die nicht so gute Examina haben, aber über Jahre in befristeten Vertretungsverträgen unterrichten, ermöglicht, in der Rangliste aufzusteigen und hierdurch eher unbefristet eingestellt zu werden. Die neue Regelung führt dazu, dass die Leute schneller aufsteigen und dass sie höher aufsteigen können.

Darüber hinaus wurden noch weitere für BewerberInnen wichtige Regelungen vereinbart. So soll es bei Pflege von Angehörigen keine Maluspunkte mehr geben. Bei Ausschreibungen müssen die BewerberInnen keine beglaubigten Kopien mehr vorlegen.

Ruhegehaltstfähige Dienstzeiten

Das Regierungspräsidium Kassel hatte Schreiben an KollegInnen versendet mit dem Hinweis, dass bei der Pensionsberechnung Tätigkeiten in EBA und ASOP vor der Einstellung ins Beamtenverhältnis nicht mehr angerechnet würden. Dies hätte für die Betroffenen Kürzungen der Pensionen zur Folge gehabt. Der HPRLL sprach dies gegenüber dem Ministerium an. Dieses teilte die Auffassung des HPRLL, dass diese Zeiten anzurechnen sind und wurde gegenüber dem Regierungspräsidium aktiv, sodass auch weiterhin diese Tätigkeiten angerechnet werden.

Flüchtlinge und Zuwanderer

Entgegen der sonst hier formulierten Kritik am Ministerium muss auch mal ein Lob sein. In den Abteilungen und bei den dort handelnden Personen ist der Wille zu erkennen, für Flüchtlinge und Zuwanderer ein adäquates Bildungsangebot vorzuhalten. Aber allen ist klar, dass dies mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich ist. Deshalb kann auch noch keine Aussage getroffen werden, wie es hier weitergeht, da alles von den Festlegungen im Haushalt 2016 abhängt. Hier ist erst mal der Landtag am Zuge und politischer Druck auf die Regierungsparteien notwendig.

Zentrale FOS-Prüfung

Obwohl bereits umfangreiche Vorkehrungen des HKM zur

Einführung zentraler Prüfungen in der FOS getroffen wurden, wurde der HPRLL erst aufgrund eigener Nachfrage Mitte Oktober informiert. (Zugegeben, dies ist kein Mitbestimmungstatbestand nach HPVG, aber vertrauensvolle Zusammenarbeit nach HPVG sieht anders aus!)

Die Verordnung wird nicht geändert, sondern es soll einen Prüfungserlass geben, an dem momentan gearbeitet wird. Es wurden Fachgruppen zur Erstellung von Prüfungen berufen, die auch mit Entlastungsstunden versorgt wurden. Im Frühsommer 2017 soll der erste Prüfungsdurchlauf erfolgen. Vor den Sommerferien 2016 werden zwei Musterprüfungen an alle betroffenen Schulen versendet. Eine Änderung der Lehrpläne ist nicht vorgesehen.

Die Begründungen der Dienststelle für die Einführung zentraler Prüfungen in der FOS sind nicht nachvollziehbar. Sie begründet die Einführung mit zentralen Prüfungen in Haupt- und Realschule und der gymnasialen Oberstufe und damit, dass Abitur und Fachhochschulreife beim Zugang an hessischen Hochschulen gleichgestellt sind und eine Vergleichbarkeit hergestellt werden müsse.

Noch weniger nachvollziehbar ist der Zeitplan, der bereits für die jetzt eingeschulten Klassen 11 zentrale Prüfungen vorsieht. Das Schulgesetz und die Verordnung sehen schon seit längerer Zeit die Möglichkeit zentraler FOS-Prüfungen vor. Jahrelang ist nichts geschehen und warum jetzt im Eiltempo. Die Antwort blieb die Dienststelle schuldig.

Ralf Becker, Bettina Happ-Rohé

17 MODERNISIERTE AUSBILDUNGSBERUFE

BIBB - PM 30/2015 vom 22.07.2015

Vom „Automatenfachmann“ bis zum „Werksteinhersteller“ - mit insgesamt 17 modernisierten dualen Ausbildungsberufen beginnt am 1. August offiziell das neue Ausbildungsjahr. Auch in diesem Jahr werden wieder mehr als eine halbe Million junger Menschen mit ihrem Ausbildungsvertrag in der Tasche in ihr neues Berufsleben starten.

Durch die Digitalisierung der Arbeitswelt stehe das Berufsbildungssystem aber vor großen Herausforderungen. Wirtschaft 4.0 werde die Berufsbilder verändern und sicherlich auch neue Berufe erfordern.

Mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. August 2015 treten insgesamt 17 modernisierte Ausbildungsordnungen in Kraft:

- ◇ Automatenfachmann / Automatenfachfrau
- ◇ Betonfertigteilbauer / Betonfertigteilbauerin
- ◇ Bogenmacher / Bogenmacherin
- ◇ Fachkraft für Lederherstellung und Gerbereitechnik
- ◇ Geigenbauer / Geigenbauerin
- ◇ Gießereimechaniker / Gießereimechanikerin
- ◇ Holzmechaniker / Holzmechanikerin
- ◇ Kerzenhersteller und Wachs bildner / Kerzenherstellerin und Wachs bildnerin
- ◇ Notarfachangestellter / Notarfachangestellte
- ◇ Orthopädienschuhmacher / Orthopädienschuhmacherin
- ◇ Patentanwaltsfachangestellter / Patentanwaltsfachangestellte
- ◇ Rechtsanwalts- und Notarfachangestellter / Rechtsanwalts-

- und Notarfachangestellte
- ◇ Rechtsanwaltsfachangestellter / Rechtsanwaltsfachangestellte
- ◇ Textil- und Modenäher / Textil- und Modenäherin
- ◇ Textil- und Modeschneider / Textil- und Modeschneiderin
- ◇ Werkfeuerwehrmann / Werkfeuerwehrfrau
- ◇ Werksteinhersteller / Werksteinherstellerin.

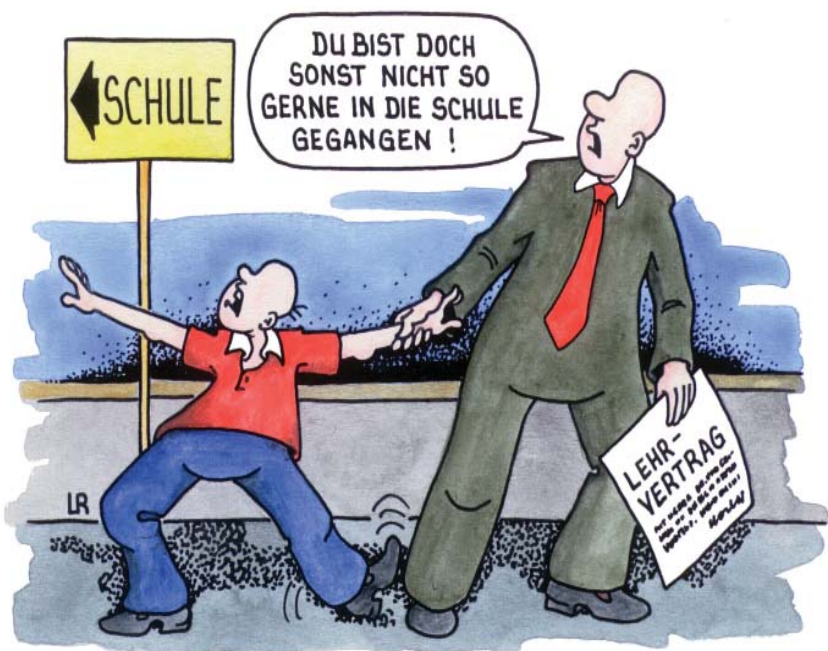
Insgesamt können die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einer Gesamtzahl von 328 anerkannten dualen Ausbildungsberufen auswählen. Wie anpassungsfähig die duale Berufsausbildung in Deutschland ist, verdeutlicht die Tatsache, dass das BIBB seit dem Jahr 2003 im Auftrag der Bundesregierung und gemeinsam mit den Sozialpartnern und Sachverständigen der betrieblichen Praxis insgesamt 234 Ausbildungsordnungen überarbeitet und an die aktuellen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Anforderungen angepasst hat. Dabei wurden

197 Ausbildungsordnungen modernisiert und 37 Ausbildungsberufe neu geschaffen.

Aktuell arbeitet das BIBB bereits an der Modernisierung von 14 weiteren Ausbildungsordnungen, die voraussichtlich mit Beginn des Ausbildungsjahres 2016 in Kraft treten werden. Darunter befinden sich zum Beispiel der Dachdecker/die Dachdeckerin sowie der Verkäufer/die Verkäuferin.

Wie bei allen Neuordnungsbeziehungsweise Modernisierungsverfahren wird parallel hierzu der für den schulischen Teil der dualen Ausbildung erforderliche Rahmenlehrplan von der Kultusministerkonferenz (KMK) überarbeitet.

Weitere Informationen zu den modernisierten Ausbildungsberufen des Jahres 2015 unter www.bibb.de/neue-berufe



AUSBILDUNGSREPORT 2015: AUSBILDUNG BESSER MACHEN!

DGB-Jugend - PM 074 - 02.09.2015

Fast 40 Prozent (38,1) der Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden, und zwar im Schnitt 4,3 Stunden je Woche. Über 15 Prozent bekommen dafür keinen Ausgleich, obwohl dies vorgeschrieben ist. Knapp ein Drittel aller Auszubildenden (31,1 Prozent) wird nicht regelmäßig von ihren Ausbildern betreut. Und selbst im dritten Ausbildungsjahr wissen immer noch mehr als 44 Prozent nicht, ob sie nach der Ausbildung übernommen werden. Dies sind einige Ergebnisse des DGB-Ausbildungsreports, den die DGB-Jugend nun im zehnten Jahr infolge vorstellt. Themenschwerpunkt sind diesmal Azubis mit Migrationshintergrund. Sie haben nicht nur einen schlechteren Zugang zur dualen Ausbildung. In gut bewerteten Berufen sind sie auch deutlich unterrepräsentiert.

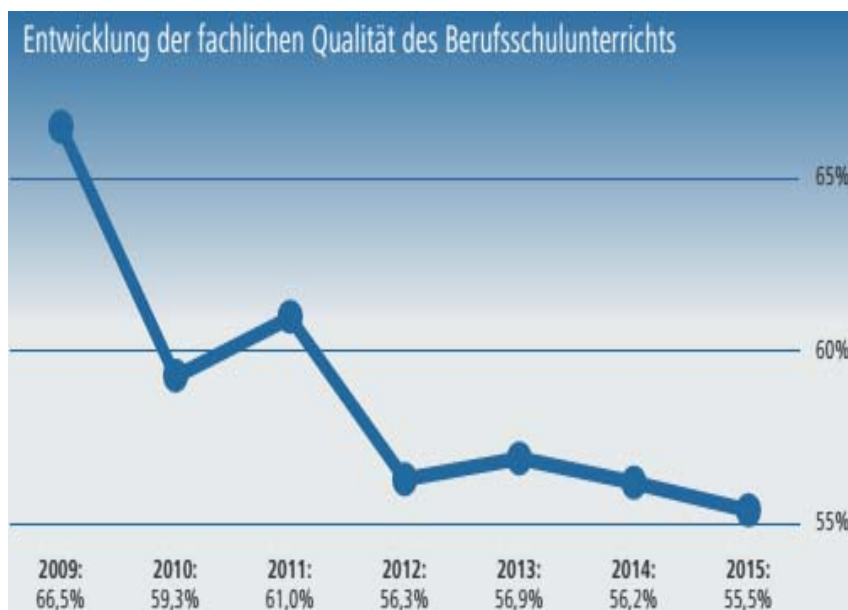
Gut 27 Prozent der befragten Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund. Sie sind in den Ausbildungsberufen mit den besten Bewertungen deutlich unterrepräsentiert: Nur knapp über 14 Prozent von ihnen zählen zu den angehenden Bankkaufleuten oder Mechatronikern. Überdurchschnittlich stark vertreten sind Migranten dagegen in jenen Berufen, die bei der Bewertung der Ausbildungsqualität tendenziell schlechter abschneiden.

Außerdem finden Migranten viel seltener ihre Wunschausbildung. Und: Knapp ein Viertel (22,4 Prozent) von ihnen wurde aufgrund von Herkunft oder Staatsangehörigkeit in der Ausbildung schon einmal benachteiligt. DGB-

Bundesjugendsekretär **Florian Haggenmiller**: „Das ist ein absolut unakzeptabler Zustand. Diskriminierung und Ausgrenzung haben auch in den Betrieben nichts zu suchen.“

„Die Qualitätsmängel in der betrieblichen Ausbildung sind offensichtlich: viele Azubis werden als billige Arbeitskräfte missbraucht“, sagte Haggenmiller bei der Vorstellung des Reports. „In vielen Branchen gibt es erhebliche Verstöße gegen Gesetze und Schutzvorschriften. Dagegen brauchen wir klare Rahmenbedingungen, deren Einhaltung ausreichend kontrolliert wird“, so Haggenmiller. „Die im Koalitionsvertrag enthaltene Novellierung des Berufsbildungsgesetzes muss dies berücksichtigen und Regeln für verbindliche betriebliche Ausbildungspläne und besser qualifiziertes Ausbildungspersonal enthalten.“

Auf den immer noch gespaltenen Ausbildungsmarkt wies die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Elke Hannack** hin. „Es ist nicht akzeptabel, dass allein im vergangenen Jahr über 256.000 ausbildungsinteressierte Jugendliche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen haben und nun in Warteschleifen feststecken. Viele Hauptschüler bekommen gar keine Chance mehr, weil die meisten Ausbildungsplätze von vornherein für Realschüler oder Abiturienten ausgeschrieben werden“, sagte Hannack. „Viele Arbeitgeber müssen endlich weg von ihrer Besten-Auslese. Mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben wir nun ausbildungsbegleitende Hilfen und das neue Instrument der Assistierten Ausbildung gesetzlich verankert, die Auszubildenden und Betrieben zur Verfügung stehen. Diese Angebote müssen jetzt genutzt werden.“



Auch wenn die meisten Auszubildenden (71,5 Prozent) mit ihrer Ausbildung zufrieden sind – es gibt erhebliche Unterschiede: Mechatroniker, Industriekaufleute und Zerspanungsmechaniker sind über Durchschnitt zufrieden. Unverändert große Mängel gibt es im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, Lebensmittelhandwerk und bei Zahnmedizinischen Fachangestellten. „Es ist kein Wunder, dass besonders in diesen Berufen in jedem Jahr viele Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben“, sagte Florian Hagenmiller. „Mittlerweile wird jeder vierte Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst, bei den Köchen sogar jeder Zweite. Die Betriebe müssen ihrerseits an ihrer Ausbildungsreife arbeiten“, so der Gewerkschafter.

An der repräsentativen Befragung haben sich 18.627 Auszubildende aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen beteiligt. Der Ausbildungsreport kann bei der Redaktion oder unter www.jugend.dgb.de abgerufen werden.

Kommentar: Die Einschätzung der Qualität des Berufsschulunterrichts stimmt besonders bedenklich: Gerade einmal 55,5% der befragten Auszubildenden bewerten die fachliche Qualität noch als mindestens gut – im Jahr 2009 waren es immerhin noch zwei Drittel der Befragten. Im Ausbildungsreport liegt demnach ein belastbarer Beleg dafür vor, dass die Rahmenbedingungen für das Lernen in den berufsbildenden Schulen wie bessere materielle und personelle Ausstattung nachhaltig verbessert werden muss. Die GEW fordert dies seit langem.

Ausbildungsreport 2015

Die wichtigsten Zahlen im Überblick:

- 71,5 Prozent der Auszubildenden sind mit ihrer **Ausbildung zufrieden**
- 32,9 Prozent der Auszubildenden haben **keinen betrieblichen Ausbildungsplan**
- 10,2 Prozent der Auszubildenden müssen „häufig“ oder „immer **ausbildungsfremde Tätigkeiten** ausüben
- 11,2 Prozent der Auszubildenden steht ihr_e Ausbilder_in „selten“ oder „nie“ am **Ausbildungsplatz zur Verfügung**
- 14,2 Prozent der Auszubildenden werden „selten“ oder „nie“ von **ihrem_ihrer Ausbilder_in betreut**
- 38,1 Prozent der Auszubildenden müssen **regelmäßig Überstunden machen**
- 4,3 Stunden arbeiten die Auszubildenden, die **regelmäßig Überstunden machen müssen, durchschnittlich pro Woche mehr**
- 15,4 Prozent der Auszubildenden bekommen für ihre Überstunden weder einen **Freizeitausgleich** noch eine **Bezahlung**
- 12,6 Prozent der Auszubildenden **unter 18 Jahren** müssen in der Woche mehr als 40 Stunden arbeiten
- 709 Euro ist die durchschnittliche **Ausbildungsvergütung** über alle Ausbildungsjahre, Berufe und das Geschlecht hinweg. Der tarifliche Durchschnittswert beträgt 795 Euro. In männlich dominierten Berufen liegt die Ausbildungs-

vergütung bei durchschnittlich 774 Euro, in den weiblich dominierten Berufen bei 667 Euro.

- 55,5 Prozent der Auszubildenden finden die **fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts** „sehr gut“ oder „gut“
- 44,3 Prozent der Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr wissen noch nicht, ob sie im **Anschluss an ihre Ausbildung übernommen** werden
- 25,8 Prozent der Auszubildenden haben „immer“ oder „häufig“ Probleme, sich nach der Ausbildung **in der Freizeit zu erholen**
- 12,4 Prozent der Auszubildenden mit **Migrationshintergrund** fühlten sich aufgrund von Herkunft und Staatsangehörigkeit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz **benachteiligt**
- 22,4 Prozent der Auszubildenden mit **Migrationshintergrund** wurden in der Ausbildung aufgrund von Herkunft und Staatsangehörigkeit **diskriminiert**



neue Publikationen

Digitale Demenz – Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen

Prof. Dr. Manfred Spitzer

Computer, Smartphone, Spielkonsole und Fernsehen durchdringen heute den Alltag und verändern unser Leben, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Dies birgt immense Gefahren, denn bei intensiver Nutzung digitaler Medien baut unser Gehirn ab, so die These. Die Symptome: Aufmerksamkeitsstörungen und Realitätsverlust, Stress, Depressionen, soziale Verarmung und zunehmende Gewaltbereitschaft. In Deutschland liegt die Mediennutzungszeit von Neuntklässlern bei knapp 7,5 Stunden täglich.



Der renommierte Gehirnforscher Manfred Spitzer zeigt anhand neuer und neuester Studien in einer verständlichen Sprache die besorgniserregende Entwicklung

und fordert dazu auf, den digitalen Zeitvertreib und Gebrauch entschieden zu begrenzen. Dieses Buch ist m.E. ein Muss nicht nur für Eltern, sondern auch für Lehrende.

Themenheft Globalisierung!



In dieser Unterrichtsreihe setzen sich Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Aspekten der Globalisierung auseinander. Was bedeutet Globalisierung des Handels, der Finanzmärkte, von Produktion und Arbeitsmärkten? Aktuelle Themen sind u.a. die Arbeitsbedingungen bei der Vorbereitung der Fußball-WM in Katar und in der Textilindustrie in Asien ebenso wie die Frage, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen und wie Europa auf sie reagiert. www.boeckler.de/39581.htm

Unterrichtsmaterial: Nachhaltigkeit ist spannend!

Kostenlose Unterrichtsmaterialien, mit denen Lehrer das Thema »Nachhaltigkeit« für die Klassen 7–12 interessant und abwechslungsreich aufbereiten können, bietet die Tropenwaldstiftung OroVerde zum Download an. Alle nöti-

gen Arbeitsblätter sind im Material enthalten.

www.regenwald-schuetzen.org



Armut und Reichtum: Neue Unterrichtseinheit erschienen!

Es gibt Armut im reichen Deutschland – diese Tatsache ist unbestritten. Aber wann ist ein Mensch in der Bundesrepublik als arm zu bezeichnen? Welche Folgen zieht Armut für das Individuum und die Gesellschaft nach sich? Und warum schützt Erwerbstätigkeit nicht zwangsläufig vor Armut? Am Ende der Unterrichtseinheit sollen Schülerinnen und Schüler politische Forderungen ableiten. www.boeckler.de/39580.htm

AKTUELL für den Unterricht - Mitbestimmung

Das Impuls-Sonderheft zum Thema Mitbestimmung - der Stand der Forschung zu Betriebsräten, Aufsichtsräten und Mitbestimmung in Europa.

Als PDF abrufbar unter: <http://media.boeckler.de/Sites/A/Online-Archiv/17167>

Das Heft kann auch als Printexemplar bestellt werden (auch im Klassensatz) über die Mailadresse an: info@druckerei-setzkasten.de

GEW-BERUFSSCHULTAG 2015

VERÄNDERUNGEN ALS CHANCE WAHRNEHMEN!

AUS DEN GRUSSWORTEN

Die Berufsbildenden Schulen stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen und der Veränderungsdruck wächst. Stichworte: Inklusion, Beschulung von Flücht-

Schul- und Unterrichtsentwicklung gelingt nur dann gut, wenn sich Profis für Schule gleichberechtigt darüber austauschen, wie sie Praxis verbessern können. Dabei stehen Fragen

sische Landesregierung verpflichtet, die notwendigen Stellen und Mittel in einem konkreten Zeit- und Ressourcenplan bereitzustellen.



Birgit Koch, GEW-Landesvorsitzende und Ralf Becker, Vorstand der Fachgruppe Berufsbildende Schulen.

lingen und Einwanderern, Reform des Übergangs, Durchsetzen einer echten Ausbildungsgarantie, Demographischer Wandel, Akademisierung und Durchlässigkeit etc. Die Frage der Qualität der Beruflichen Schulen rückt dabei immer mehr in den Mittelpunkt. Die Fachgruppe Berufsbildende Schulen hat sich vorgenommen, dieses Thema als ihr Thema voranzutreiben. Dieser Berufsschultag soll der Anfang sein. Veränderungen als Chance wahrnehmen! lautet das Motto des heutigen Tages. Wir wollen mit euch ins Gespräch kommen, wie wir die Herausforderungen nutzen können, um unsere Arbeitsbedingungen und die Bedingungen der uns anvertrauten jungen Menschen zu verbessern.

- der räumlichen Gestaltung im Zuge von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen,
- der Planung und Durchführung von Unterricht und
- des eigenen professionellen Selbstverständnisses in den AGs im Vordergrund.

In Sachen beruflicher Bildung muss sich das ändern, was sich in allen Schulen ändern muss, denn Hessen ist der Verwirklichung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Deshalb darf die Umsetzung von Inklusion an den hessischen Schulen, auch an den hessischen Berufsbildenden Schulen, nicht von Ressourcen abhängig gemacht werden. Vielmehr ist die hes-

REFERAT

Prof. Dr. Ruth Enggruber von der Hochschule Düsseldorf, FB Erziehungswissenschaften stellte in ihrem Referat 10 Thesen zum Leitthema des Berufsschultages vor. Den Mittelpunkt bildete der Begriff der Inklusion, auch und vor allem an berufsbildenden Schulen. Ruth Enggruber geht dabei von dem weiten Begriff der UNESCO aus (s. Kasten). Wir dokumentieren die These 6.

Inklusiver Berufsschulunterricht zeichnet sich durch neun Merkmale aus (vgl. Werning/Baumert 2013):

- (1) Grundhaltung der Lehrkräfte: Anerkennung und Wertschätzung der individuellen Lernvoraussetzungen der Schüler/innen – ‚Vielfalt‘ als Ressourcen nutzen
- (2) Lehrer/innen in einer aktivierenden, strukturgebenden und anleitenden Rolle
- (3) Prozessdiagnostik mit ganzheitlicher Selbst- und Fremdwahrnehmung der Schüler/innen mit ihren individuellen Lernvoraussetzungen und lebensweltlichen Bedingungen
- (4) Kommunikation der Unterrichtsziele und Erfolgskriterien
- (5) regelmäßiges, präzises, wertschätzendes und Lernchancen aufzeigendes Feedback



(6) Tipps zu Lernstrategien

(7) Teamteaching in multiprofessionellen Teams von Berufs-, Sonder- und Sozialpädagogen/innen

(8) Binnendifferenzierung (z. B. Wochenplanunterricht, differenzierte Gruppenarbeiten, Stationenlernen)

(9) Lehrer/in als Begleiter/ in selbstständigen Lernens (Lernfeldkonzept, auch z. B. Projektunterricht, forschend-entwickelnder oder andere Varianten von handlungsorientiertem Unterricht)

Die Präsentation kann bei der Redaktion angefordert werden!

PODIUMSGESPRÄCH

Eine lebhaft und zum Teil auch kontroverse Diskussion wurde durch die Zusammensetzung des Podiums garantiert: IHK, DGB, GEW und Wissenschaft. Themen waren: Inklusion an berufsbildenden Schulen, Ausbildungsgarantie und Übergangsbereich, Berufsschulunterricht (zwei volle Tage = 16 Std.). Hintergrund bildete neben dem Inklusionsgebot vor allem das Papier „*Bündnis für Ausbildung Hessen für die Jahre 2015*

bis 2019“, das am 3. März 2015 von Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsagentur und Hess. Landesregierung unterschrieben wurde (*erhältlich bei der Redaktion*).

Bei allen Kontroversen waren sich die Teilnehmenden einig, dass in den nächsten vier Jahren alles dafür getan werden soll,

- dass allen jungen Menschen, die es wünschen, ein Ausbildungsplatz angeboten wird und damit auch der Übergangsbereich deutlich reduziert werden kann
- dass Inklusion auch in den

berufsbildenden Schulen ein Megathema wird

- dass die berufsbildenden Schulen durch Angebote des ausbildungsbegleitenden Erwerbs eines (weiteren) Schulabschlusses (Normalfall) und durch die Ausweitung des Berufsschulunterrichts aufgewertet werden und
- dass Zuwanderer und Flüchtlinge das Recht auf Berufsschulunterricht bis zum 21. Lebensjahr erhalten.

ARBEITSGRUPPEN

Aus den Arbeitsgruppen können nur Schlaglichter dargestellt werden. Die Diskussionen und Ergebnisse werden in der GEW-Fachgruppe Berufsbildende Schulen ausgewertet.

Schülerinnen und Schüler der zweijährigen FOS an der Werner-Heisenberg-Schule in Rüsselsheim werden mit dem humanistischen Ansatz „aus Einsicht und Freiheit heraus zu handeln“ konfrontiert. Der Prozess der Umgestaltung von Unterricht begann bereits vor acht Jahren mit dem Grundsatz „Unterricht soll Spaß machen“. Das neue Fundament im Lernprozess basiert auf den drei Säulen: bedingungs-



loses Vertrauen, Verantwortung (Lernprozess, eigene Person, Lerngruppe) und gegenseitiger Respekt aller am Lernprozess Beteiligten. Aufgrund eines grundlegenden Verständnisses von demokratischem Unterricht wird ausschließlich projektorientiert und somit fächerübergreifend gearbeitet - für Schülerinnen und Schüler der zweijährigen FOS ist es durchaus eine Herausforderung, mit der neuen Freiheit umzugehen! Auf <http://www.scoop.it/t/fosfuture> können die dokumentierten Projekte angeschaut werden (AG 1).

Am Beispiel der Produktionsschule (PS) Am Abendstern in Heuchelheim wurden die Kriterien für eine Produktionsschule – in diesem Falle einer schulischen – vorgestellt und diskutiert: Verbindung von Lernen und Arbeiten, von Theorie und Praxis, wertschaffende und sinnstiftende Produkte, Produktion mit Ernstcharakter, multiprofessionelles Team, Nachholen schulischer Abschlüsse. Festgestellt wurde:

- ◇ Die Verantwortung des staatlichen Schulsystems für die Berufsvorbereitung der Jugendlichen wird in der PS realisiert
- ◇ PS sind gelebte Inklusion in der Berufsvorbereitung
- ◇ PS bieten einen Lernort für den Einstieg der Zuwanderer und Flüchtlinge in die deutsche Lebens- und Arbeitswelt
- ◇ PS erfordern konsequentes Umdenken bei Lehrkräften, Schulleitungen, Schulträgern und Schuladministration (AG 3). Auf der Homepage kann Weiteres über die PS erfahren werden.

Nach den Lehrenden und den Lernenden bildet der Raum den dritten Pädagogen. Neue pädagogische Ansätze wie auch ästhetische und gesundheitliche Anforderungen

benötigen neue und andere Räume und Ausstattungen. Voraussetzungen für Sanierungen, Modernisierungen und Neubauten sind: frühzeitige Einbindung der Lehrenden – weitgehende Partizipation, gemeinsame Vorgehensweise von Personalrat, Kollegium und Schulleitung, enge Kommunikation mit

Unterrichtsvorbereitungen! Wichtiger seien Lernsituationen, die Erfahrungen und Wiederholungen ermöglichen, Fragen erzeugen und Gefühle zulassen.

Die Thesen fanden lebhaft Zustimmung in der AG. Die Frage, wie komme ich nicht nur zur Ba-

Artikel 1 der UN-BRK: „Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

UNESCO: gemeinsame soziale Teilhabe und Bildungsteilhabe als Menschenrecht - ein inklusives Bildungssystem wäre erreicht, wenn alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrem Geschlecht, ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, einer Behinderung im engeren Sinne, ihrer religiösen oder sexuellen Orientierung oder anderer persönlicher Merkmale – Zugang zu allen Angeboten des Bildungssystems haben und bei Bedarf individualisiert gefördert werden.

der Projektleitung (Schulamt bzw. Hochbauamt), erhebliches Engagement aller Beteiligten (Ressource?). Gute Bedingungen (Landkreis Darmstadt-Dieburg) wie auch schlechte Beispiele (Stadt Darmstadt) wurden diskutiert. Zu diesem Thema liegt im Internet eine Fülle von gutem Material vor (AG 4).

Gute Berufsschullehrkräfte gleichen Artisten oder Wellenreitern – sie geben Balance. Sie geben ihren Lernenden Struktur, schaffen ein gutes Sozialklima und stellen ihnen Herausforderungen. Sie schaffen Lernsituationen, deren Nutzen für die Lernenden erkennbar wird. Bereitet lieber Lernwege vor, und zwar für lebendiges Lernen anstelle kleinteiliger, stundenbezogener

lance im Unterricht, sondern auch zur Balance zwischen meiner Arbeit und Freizeit musste allerdings offen bleiben (AG 5).

FAZIT

Den berufsbildenden Schulen stehen gravierende Umbrüche und Veränderungen bevor. Neben den notwendigen Diskussionen in den Schulen selbst bieten solche Fachtagungen Raum und Zeit für Informationen und intensive Erörterungen. Wünschenswert wäre allerdings, dass solche Fachtagungen wieder mehr genutzt würden.

Dieter Staudt

STELLENWERT DER BERUFSBILDENDEN SCHULEN FÜR DEN HOCHSCHULZUGANG

// 35 Prozent aller Personen, die im vergangenen Jahr eine Studienberechtigung in Deutschland erworben haben, stammen aus einer Berufsbildenden Schule! //

Von den 432.677 Studienberechtigten im Jahr 2014 haben 331.695 eine Hochschulreife und weitere 100.982 eine Fachhochschulreife (ohne schulischen Teil) erworben, 99 Prozent aller Ab-

solventen/innen mit FHR-Reife stammen aus Berufsbildenden Schulen, bei den Abiturienten sind es deutschlandweit immerhin 16 Prozent. Hierbei bestehen enorme schulstrukturell bedingte

Unterschiede zwischen den Bundesländern – so stammt in Baden-Württemberg jede/r dritte Abiturient/in aus einem Beruflichen Gymnasium!

Land	Studienberechtigte 2014 Insgesamt	davon						Anteil aller Studienberechtigten aus beruflichen Schulen in %
		Fachhochschulreife {ohne schulischen Teil der FHR}				Hochschulreife		
		Insgesamt	davon aus Beruflichen Schulen	in %	Insgesamt	davon aus Beruflichen Schulen	in %	
Deutschland insges.	432.677	100.982	100.099	99	331.695	52.615	16	35
Baden-Württemberg	70.563	19.972	19.684	99	50.591	17.152	34	52
Bayern	62.066	20.461	20.457	100	41.605	4.644	11	40
Berlin	16.605	3.096	3.096	100	13.509	1.224	9	26
Brandenburg	8.649	1.542	1.500	97	7.107	613	9	24
Bremen	3.928	753	603	80	3.175	402	13	26
Hamburg	10.632	1.472	1.408	96	9.160	646	7	19
Hessen	40.537	10.817	10.517	97	29.720	3.840	13	35
Mecklenburg-VP	4.522	428	428	100	4.094	416	10	19
Niedersachsen	46.215	13.457	13.457	100	32.758	6.034	18	42
Nordrhein-Westfalen	104.325	16.108	16.073	100	88.217	9.076	10	24
Rheinland-Pfalz	20.575	4.104	4.104	100	16.471	2.847	17	34
Saarland	5.948	2.428	2.428	100	3.520	372	11	47
Sachsen	12.143	2.382	2.382	100	9.761	1.568	16	33
Sachsen-Anhalt	5.667	1.085	1.085	100	4.582	328	7	25
Schleswig-Holstein	12.945	1.203	1.203	100	11.742	2.747	23	31
Thüringen	7.357	1.674	1.674	100	5.683	706	12	32

Quelle: Statistisches Bundesamt: Schnellmeldungsergebnisse zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Abgangsjahr 2014. Wiesbaden 2015

Der hohe Anteil der Studienberechtigten aus Berufsbildenden Schulen ist ein klarer Beleg für deren Stellenwert im

Bildungswesen. Die Länder sind herausgefordert, durch attraktive Doppelqualifikationen das Potential der Studienberechtigten und

die Attraktivität der beruflichen Bildung zu erhöhen.

Quelle: GEW-Infoblatt 8/2015

Attraktive staatliche berufsbildende Schulen mit guten Arbeitsbedingungen, optimaler Förderung der Lernenden, Durchlässigkeit zur Hochschule – das ist die Forderung der GEW anstelle einer zunehmenden Privatisierung von beruflicher Bildung. Im Folgenden werden zwei hessische Beispiele von beruflicher Bildung in privater Hand vorgestellt.

PRIVATE BERUFSSCHULEN – WEM NÜTZEN SIE?

Seit einem Jahr gibt es in Offenbach eine Berufsschule in sogenannter „freier Trägerschaft“. Mit Sitz im KOMM-Einkaufscenter deckt die „ProGenius Private Berufliche Schule“ als „Ersatzschule“ nach § 170 HSchG den schulischen Teil der Berufsausbildung im Einzelhandel ab. Das Gemeinnützige Institut für Berufsbildung Dr. Engel GmbH (ifb) bietet als Träger an bundesweit sieben Standorten Berufsschulklassen an. In Hessen ist die ProGenius auch in Darmstadt vertreten. Neben VerkäuferInnen und EinzelhändlerInnen werden dort auch weitere kaufmännische Berufe ausgebildet.

Bei der Antragstellung müssen Privatschulen anhand von **Stundenplänen** und **Curricular** ein eigenständiges pädagogisches Konzept darstellen¹. Auf ihren Internetseiten propagiert ProGenius scheinbare Unterschiede gegenüber staatlichen Schulen mit dem Slogan: „*engagiert. nah dran. schülerorientiert. erreichbar.*“ Das Leitbild bleibt mit vielen Bildern und wenigen Sätzen wie „*Wir kümmern uns*“, „*Wir sprechen miteinander*“ und „*Wir haben kurze Wege und offene Türen*“ aber orientierungslos. Zur curricularen Ausrichtung informiert die Ersatzschule kurz: „*gemäß hessischer Lehrpläne*“². Auf die Frage „*Was spricht für den Besuch unserer*“

¹ HKM: „Leitfaden Privatschulen“, Kapitel 3.6;
² „Infolyer mit Anmeldung“

Berufsschule?“ antwortet sie u. a. mit der **“Stundenverteilung“**, einer **„Unterrichtsgarantie“** und **„engagierten und qualifizierten Lehrkräften“**.

Mit diesen Schlagwörtern soll offensichtlich bei Ausbildungsbetrieben Eindruck gemacht werden. Mit Erfolg: REWE beispielsweise

Weihnachtsgeschäfts, Arbeiten vor oder nach dem Besuch der Berufsschule, Freistellung bei personellen Engpässen usw. Die Ersatzschule bekennt zum Thema Stundenverteilung offen: „*Jeweils im Dezember kein Unterricht.*“

Was die **Qualifikation der Lehrkräfte** an Privatschulen angeht, gibt es klare Vorgaben. Nach § 171 HSchG darf ihre Ausbildung nicht hinter der von Lehrkräften an öffentlichen Schulen zurückstehen. Oft werden Lehrkräfte eingestellt, die zuvor an staatlichen Schulen auf TVH-Basis beschäftigt waren und deren Verträge nicht verlängert wurden oder nicht verlängert werden konnten. Ihre Eignung wird in der Regel durch die vorherige Beschäftigung gerechtfertigt.

Das „**Engagement**“ der **Lehrkräfte** stellt ProGenius durch Verträge mit einer „kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit“ (KAPOVAZ) sicher, die schon mal zwischen 13 und 26 Wochenunterrichtsstunden variieren kann. Die tatsächliche Unterrichtsverpflichtung liegt allerdings meist deutlich über 26 Wochenstunden, da nicht geleistete Unterrichtsstunden voroder nachgeholt werden müssen, um keine Gehaltseinbußen hinzunehmen. Das Gehaltsniveau an staatlichen Schulen wird allerdings nicht annähernd erreicht.

Ausbildungsqualität und Rechte der Auszubildenden gefährdet

Während Privatschulen im allge-

Privatisierungsreport – II Berufsbildende Schulen unter Privatisierungsdruck



meldet mittlerweile alle Lehrlinge im Umkreis von Offenbach bei ProGenius an, hat dadurch nur noch einen schulischen Ansprechpartner und spart dadurch wohlmöglich nicht nur Zeit. Insbesondere scheint ProGenius den vom Einzelhandel gewünschten **flexibleren Berufsschulzeiten** entgegenzukommen: z. B. Kein Unterricht während des

meinbildenden Bereich sich primär als Dienstleister des Elternwillens verstehen, werden sich private Berufsschulen analog gegenüber den Ausbildungsbetrieben verhalten, hängen ihre Schülerzahlen und ggf. Schulgelder doch von ihrer Gunst ab. Vor diesem Hintergrund können sich Auszubildende in Konfliktsituationen kaum auf die Unterstützung seitens der privaten Berufsschulen verlassen. „Die ersten 6 Monate des Schulbesuchs gelten als Probezeit“ bei ProGenius. Kündigungsfrist: 14 Tage. Auch nach der Probezeit ist ein Schulausschluss mit einer Frist von 6 Wochen möglich.

Hüben wie drüben wächst die Gefahr zunehmend sozial und betrieblich homogener Klassen, wobei die staatlichen Schulen zu „Restschulen“ werden: Während sich Großunternehmen auf fügige private Schulpartner konzentrieren könnten, würden weniger leistungsstarke Auszubildende aus kleineren und Kleinstbetrieben überwiegend an öffentlichen Schulen unterrichtet. Abgelehnte oder von der privaten Berufsschule „gekündigte“ Azubis landen ggf. auf staatlichen Schulen, wo auch all jene „Härfälle“ beschult würden, die von den Privaten erst gar nicht aufgenommen werden.

Unfairer Wettbewerb um falsche Qualität

ProGenius wirbt im Internet mit einem „aktiven Qualitätsmanagement“ und versteht darunter: „laufende Unterrichtsevaluation, Schwachstellenanalyse und -beseitigung, Beteiligung von Ausbildungsbetrieben, Schülern/innen und Lehrkräften“. Tatsächlich könnten staatliche Berufsschulen durch die private Konkurrenz langfristig unter Druck geraten, auf Profitmaximierung basierende Management-

qualitäten nachzuweisen. Dieser Wettbewerb um falsche Qualität stellt ein großes Potential für den privaten Zertifizierungsmarkt dar, der nicht erst seit der „selbstständigen Schule“ von der Politik forciert wird. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Zertifizierungen für Bildungseinrichtungen werden sich zertifizierte Ausbildungskonzerne vermutlich kaum stellen.

Aufsicht über private Berufsschulen unzureichend

Privatschulen sind gemäß § 167 HSchG zu beaufsichtigen. Die Schulaufsicht kann sich „jederzeit über Angelegenheiten der Schule unterrichten und Unterrichtsbesuche in den Schulen durchführen“. Bei der derzeitigen personellen Unterbesetzung der Schulaufsichtsbehörden ist fraglich, wie weit das umgesetzt werden kann. Da Berufsschulen in freier Trägerschaft politisch protegiert werden (vgl. Artikel von Michael Köditz, HLZ 1–2/2015), ist zu befürchten, dass die Schulaufsicht nur zurückhaltend agieren und juristische Auseinandersetzungen eher vermeiden wird.

die Beschäftigten abgewälzt, die „Arbeit auf Abruf“ leisten müssen. Augenscheinlich unterläuft ProGenius hier sogar Artikel 7 GG Abs. 4 und § 172 HSchG, wonach die Genehmigung einer Ersatzschule u. a. zu versagen ist, „wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.“ Dies ist u. a. dann der Fall, wenn die Bezahlung wesentlich hinter der von Lehrkräften an gleichartigen öffentlichen Schulen zurückbleibt (§ 174 HSchG). Die Schulämter sind angehalten, von der Erfüllung dieser Anforderung auszugehen, wenn „das Einkommen der Lehrkraft mindestens 80 % der üblichen Vergütungen einer vergleichbaren Lehrkraft im öffentlichen Schuldienst entspricht“. Eine detaillierte Prüfung der Arbeitspapiere müsste daher schnellstmöglich erfolgen.

Wem nützen private Berufsschulen?

Wie deutlich wurde, profitieren von der Ausweitung des Privatschulwesens auf das Duale System u. U. nur große und finanzstarke Ausbildungsbetriebe und die Träger selbst.

In Zeiten von Schuldenbremsen, Sparhysterie und Privatisierungstendenzen scheinen Berufsschulen „in freier Trägerschaft“ aber auch für die öffentliche Hand attraktiv sein. Die Länder können sich der Personalverantwortung gegenüber den Lehrkräften entziehen, die prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt werden. Es müssen weder Beamtengehälter gezahlt, noch Pensionsrückstellungen gebildet werden.

Für die Auszubildenden, um die es eigentlich gehen sollte, ergibt sich jedenfalls kein Vorteil.

Süleyman Güleriyüz



Dass sie tatsächlich nicht ausreicht, wird durch die prekären Arbeitsverhältnisse an Privatschulen sichtbar. Mit „KAPOVAZ“-Verträgen wird nicht nur das wirtschaftliche Risiko wegfallender Unterrichtszeiten auf

DIE FRAGE NACH DEM BEDARF:

Leserbrief zum Artikel: „Bereicherung der Bildungslandschaft“ im DE vom 22.09.2015

Ungläubig las ich den o.a. Artikel. Danach erweitert die Pädagogische Akademie Elisabethenstift, ein privater freier Bildungsträger, zum Schuljahr 2016/17 sein Bildungsangebot mit der Neuerrichtung eines Berufliches Gymnasiums (BG) mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Soziales.

Ungläubig war ich deshalb, weil ich mich erinnere, dass die staatliche Heinrich-Emanuel-Merck-Schule (HEMS), der zuständige staatliche Standort für die Beruflichen Gymnasien in Darmstadt, 2011 ihr Angebot im BG um den Schwerpunkt Gesundheit erweitern wollte, und dies in abgestimmter Kooperation mit der benachbarten Martin-Behaim-Schule, in der das Berufsfeld Gesundheit seinen Sitz hat. Im September 2011 (!) beschloss die Gesamtkonferenz der HEMS einstimmig, dieses Angebot ab dem Schuljahr 2012/13 eröffnen zu wollen und stellte einen entsprechenden Antrag an das Hess. Kultusministerium. In den nächsten Monaten meldeten sich bei der HEMS 41 Interessierte für die neue Fachrichtung.

Monate später (?) lehnte das Kultusministerium mit Erlass vom 15.03.2012 die geplante Erweiterung mit der Begründung ab, es gebe für diese Fachrichtung keinen Bedarf. Nachzulesen ist das alles im DE vom 02.12.2011 und 31.03.2012. Wenige Jahre später genehmigt dasselbe Kultusministerium nun einem priva-

ten freien Bildungsträger just die Neuerrichtung dieser Schulform und stellt damit einen entsprechenden Bedarf fest. Das muss mir mal einer erklären.

Um nicht missverstanden zu werden. Ich wende mich nicht gegen die Pädagogische Akademie des Elisabethenstifts, sie hat eine (staatlich eingeräumte) Chance genutzt. Ich kritisiere aber auf das Schärfste ein Kultusministerium, das „seiner“ staatlichen Berufsbildenden Schule (HEMS) ein sinnvolles und perspektivisch immer mehr gebrauchtes Ergänzungsangebot verwehrt und einem privaten Bildungsträger drei Jahre später ein neues ebensolches Angebot mit „Alleinstellungsmerkmal“ (s. DE) genehmigt und damit auch - abgesehen von den Verwaltungskosten - finanziert. Wie das Kollegium der HEMS diesen Vorgang aufnimmt kann man unschwer erahnen.

Nebenbei bemerkt: die Schülerinnen und Schüler müssen an der Pädagogischen Akademie im Unterschied zur Staatlichen Schule einen „Verwaltungsbeitrag“ von 250 – 300 Euro pro Schulhalbjahr bezahlen. Die Lehrenden an der privaten Schule werden üblicherweise schlechter bezahlt als die staatlich Eingestellten.

Dieter Staudt

DAS IST DAS PACK

Danke, Sigmar, für dein klares Wort. Ich gebe zu, ich habe es immer nur im Zusammenhang eines Kompositums gekannt, mit diesem Bestimmungswort im Vorspann, das eine bestimmte ethnische Gruppe beschreibt. Abstoßend, widerlich. Du hast das Wort buchstäblich aus dem „braunen Sumpf“ befreit und es „ihnen“ (zurück-) gegeben. Bravo!

Leider hast du dich dabei selbst auf ihre Ebene begeben. Volkstümlich zwar. Aber mit dem Volkstum ist es so eine Sache. Wir, die Besseren, nein besser gesagt: unsere besseren Vorfahren, sie haben damals die rechten Randalierer als „braunes Pack“ abgetan, ein paar Jahre später waren sie selber das Pack. Nein, eigentlich waren sie mehr, sie waren Teil der „Nationalen Erneuerung“.

Aber vielleicht nehmt ihr Politiker es nicht so

genau mit Worten, vielleicht wird „Pack“ auch Gutwort des Jahres. Pack bedeutet so viel wie Bündel. Ich jedenfalls meine, du sollst es aufschnüren, das Bündel. Den rechtsradikalen Gewaltpredigern und Gewaltausübenden - wie du selbst sagst - „keinen Millimeter Raum geben“ – und unseren Kindern wieder eine Perspektive. Wie auch den ankommenden Flüchtlingen. Leider habe ich, nimm's mir nicht übel, vergessen, was du damals getan hast gegen die Kriege, vor deren Folgen diese nun flüchten müssen.

„Faschismus ist in der Tat die Verachtung“ (Albert Camus). Lieber Sigmar, in dem Bestreben vereint, dass Verachtung, im Wort und in der Tat, in der hohen Politik wie im Klassenzimmer, niemals unser Handeln leiten solle, verbleibe ich

Ernst Hilmer, Citoyen

UNTERRICHTSRÄUME UND LEHRER FEHLEN

Junge Flüchtlinge sollen Deutsch lernen, doch den Berufsschulen fehlt es an Räumen und Lehrern.

Von Peter Hanack

Berufsschulen in Hessen sollen junge Flüchtlinge und Zuwanderer fit machen fürs Berufsleben, aber es mangelt an vielem. Die Bildungsgewerkschaft GEW fordert dringend 1000 zusätzliche fest angestellte Lehrkräfte.



Das Programm heißt InteA, die Abkürzung steht für „Integration und Abschluss“. Die Idee dahinter: 16 bis 18 Jahre alte Jugendliche, die als Flüchtlinge oder Zuwanderer nach Hessen kommen, sollen in der Berufsschule Deutsch lernen, ihren Abschluss machen und so den Anschluss an Beruf und gesellschaftlichem Leben finden. Doch das scheint nicht so zu funktionieren, wie es sollte.

„Für mindestens 70 Schülerinnen und Schüler haben wir keinen Platz, weil die Klassen voll sind“, berichtet Peter Eickelmann, der an der Kerschensteinerschule in Wiesbaden für die Umsetzung von InteA verantwortlich ist. Auch fehle es an Räumen, die eingesetzt

ten Lehrkräfte erhielten lediglich befristete Verträge, und die sozialpädagogische Betreuung starte erst nach den Herbstferien, obwohl sie bereits für den Beginn des laufenden Schuljahres versprochen gewesen sei, beklagt Eickelmann.

Die Kerschensteinerschule ist eine Berufsschule mit den Schwerpunkten Handwerk, Mediengestaltung und Bau. Es gibt dort acht InteA-Klassen mit insgesamt 134 Plätzen, ein Teil davon ist in kooperierenden Berufsschulen angesiedelt. Für jene, die in einer der Klassen einen Platz gefunden haben, ist dies ein Glücksfall.

„Der Unterricht strukturiert ihren Alltag; gerade bei den Flüchtlingen, die oft Jahre ohne geregelten Tagesablauf hinter sich haben, ebnet er die Bahn zurück in ein normales Leben“, sagt Schulleiter Peter Binstadt. „Sie lernen unglaublich schnell Deutsch, sind schnell in den Schulalltag integriert“, sagt Eickelmann. Und fast alle wollten in Deutschland bleiben und hier Geld verdienen – auch wenn die Ziele mitunter etwas hochgesteckt erschienen. Die meisten wollten Arzt werden, erzählt er. Doch die Erfahrung mit Zuwanderern, wie sie schon seit Jahren an der Kerschensteinerschule unterrichtet würden, zeigten, dass sich mit einer guten Beratung realistische Berufsziele sehr gut verwirklichen ließen. Die Rückmeldungen aus den Ausbildungsbetrieben seien sehr positiv.

Recht auf Schulbesuch

Längst nicht alle jugendlichen Zuwanderer und Flüchtlinge aber fänden den Weg in die Schule. Bei den unbegleiteten Flüchtlingen funktioniert das recht gut, weil die betreuenden Einrichtungen wüssten, wie und wo die 16- bis 18-Jährigen angemeldet werden können. Schwierig sei die Situation bei jenen, die in ihren Familien lebten. „Die“, sagt Eickelmann, „sitzen oft zu Hause, sprechen nur die Herkunftssprache und kommen so der Integration nicht näher.“

Für Jochen Nagel, Vorsitzender der Bildungsgewerkschaft GEW, ist klar, dass in Hessen dringend 1000 zusätzliche, fest angestellte Lehrkräfte gebraucht werden. „Die Schülerzahlen wachsen und gehen nicht, wie von der Landesregierung behauptet, zurück“, sagt er. Es müssten außerdem zusätzliche Räume und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte geschaffen werden. Zudem müsse das Recht auf Schulbesuch bis zum 21. Lebensjahr verlängert werden – „das ist man der Biographie dieser jungen Menschen schuldig“, sagt Nagel.

FR 15.10.2015



DAS HANDBUCH ISLAM UND SCHULE –

ein Beitrag zur Präventionsarbeit

Das Handbuch „Islam und Schule“ der Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ erscheint zum richtigen Zeitpunkt: Die Anwerbung von jungen Menschen durch dschihadistische Organisationen, der besorgte Blick von Schulleitungen und Pädagogen, Ratlosigkeit und Befremden bei Freunden, Lehrern und Eltern – auf der einen Seite. Auf der anderen Seite Demonstrationen gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands, Kundgebungen, die Islamfeindlichkeit schüren und der Nährboden für weitere Vorurteile gegenüber Muslimen sind.

Die Auseinandersetzung mit dem Islam ist vielschichtig und emotional hoch besetzt. Das Handbuch von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verhilft zur Klärung im Dickicht von Stimmungen. Es dient der Präventionsarbeit an Schulen und geht sowohl der Frage der Muslimfeindlichkeit als auch der Frage des Islamismus nach. Beides im Blick zu haben bewahrt vor einseitiger Parteilichkeit und unsachlicher Meinungsbildung.

In drei Kapiteln werden grundlegende Informationen entfaltet: zur Religion des Islam, zur Gemeinschaft der Muslime und zu den „Debatten rund um den Islam“ - profund und informativ. Neben diesen sachlichen Informationen erhält der Leser immer wieder einen Einblick in konkrete Praxisbeispiele und weiterführende Literatur. In drei weiteren Kapiteln „Muslimische Lebenswelten“, „Islam in der Schule“ und „Qualifizierung“ werden die Gedanken des ersten Teiles miteinander verzahnt. Hier geht es um Jugendkulturen, um die Genderfrage, um Alltags-

probleme für Muslime, um Konflikte in der Schule und um schülernahe Methoden und Projekte, die das interkulturelle und interreligiöse Miteinander fördern. Nicht vergessen werden darf der Hinweis auf unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen zur Präventionsarbeit für Schüler/Schülerinnen sowie für Pädagogen/Pädagoginnen.

Was das Handbuch nicht liefert: keine ausgearbeiteten Unterrichtsentwürfe oder Arbeitsblätter, die direkt in Lernprozessen ihre Verwendung finden könnten. Das fügt der Intention des Handbuches aber keinen Schaden zu. Sein Ziel ist die Prävention. Und die besteht einerseits in der Wissensvermittlung und andererseits in der Förderung der Kommunikations- und Partizipationskompetenz von jungen Menschen und Erwachsenen.

Die methodischen Anregungen zu Letzterem – nämlich Biografiearbeit, Kreatives Schreiben, Darstellendes Spiel, Musik/Rap und bildnerisches Gestalten liefern im zweiten Teil des Handbuches konkrete Hinweise zu einem Unterricht, der präventiv sein will.

Es wäre zu wünschen, dass Prävention im schulischen Alltag angebahnt und ausprobiert wird. Das Handbuch kann eine Hilfe dabei .

Dr. Anke Kaloudis
Studienleiterin Religionspädagogisches Institut der EKKW und EKHN



Die Hans-Böckler-Stiftung bietet den allgemein- und berufsbildenden Schulen jetzt schon im dritten Jahr Materialien zur sozioökonomischen Bildung an. Anke Thiel, die zuständige Referentin der Hans-Böckler-Stiftung, nimmt in einem Interview zu aktuellen Fragen rund um Böckler.Schule Stellung

MATERIALIEN FÜR EINEN GUTEN UNTERRICHT: BÖCKLER.SCHULE

Liebe Anke, Böckler.Schule ist inzwischen vielen Leserinnen und Lesern von wap bekannt. Kannst du in wenigen Sätzen Böckler.Schule beschreiben? Was macht ihr, für wen und warum macht ihr diese Aktivitäten?

Böckler.Schule ist ein Service für Lehrerinnen und Lehrer und bietet didaktisch aufbereitete Unterrichtsmaterialien zu den Themen Wirtschaft, Arbeit und Soziales - aktuell und wissenschaftsbasiert. Damit stellt Böckler.Schule ein Gegengewicht zu den vielfältigen Aktivitäten arbeitgebernaher Anbieter dar - anders gesagt: zum Wirtschaftslobbyismus in Schulen. In der ökonomischen Bildung sind es vor allem arbeitgebernahe Institute und Unternehmen, die Materialien massenweise und meist kostenfrei in die Schulen bringen. Die Qualität der Materialien ist oft zweifelhaft. Sie orientieren sich am homo oeconomicus und verengen Inhalte auf eine rein ökonomische Sichtweise.

Böckler.Schule steht für eine sozioökonomische Bildung, also eine Vernetzung der Teildisziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie. Auch beleuchten wir Themen, die sonst nicht oder nicht ausreichend behandelt werden. Und wir verfolgen eine explizite Arbeitnehmerorientierung. Wir dürfen nicht vergessen: Die Mehrheit der heutigen Schülerinnen und -schüler werden später Arbeitnehmerinnen oder -Arbeitnehmer sein. Diese Perspektive findet aber zu wenig Beachtung in Materialien von externen Schulmaterialanbietern.

Gibt es neue Materialien?

Aktuell gibt es eine neue Unterrichtseinheit zum Thema Armut und Reichtum, die demnächst erscheinen wird. Das Besondere daran ist, dass wir zunehmende Armut im Kontext zunehmenden Reichtums zeigen - ein Zusammenhang, der in herkömmlichen Schulmaterialien häufig nicht oder nicht ausreichend dargestellt wird. Mitte September erscheint auch das vierte aus der Reihe der Böckler-Schule-Themenhefte - Thema: Globalisierung. Auch dies ist hochaktuell. Neben der Globalisierung des Handels und der Finanzmärkte widmet sich das Heft vor allem der Frage der Arbeitsbedingungen in Drittländern und damit verbunden der vielfältigen internationalen Aktivitäten der Gewerkschaften. Wie wichtig die gewerkschaftliche Arbeit auch international ist, ist vielen oft nicht bewusst.

Das Themenfeld „sozioökonomische Bildung“ ist in der gesellschaftlichen Debatte sehr umstritten. Wie kommen eure Materialien an den Schulen an? Gibt es Kritik an Konzept und Materialien?

Die Böckler-Schule-Materialien kommen sehr gut an. Bisher sind schon rund 40.000 Themenhefte nachgefragt worden. Neben Lehrkräften an allgemein bildenden Schulen fragen auch viele Berufsschullehrerinnen und -lehrer bei uns an. Die Lehrkräfte freuen sich, dass Böckler Schule das Angebot

auf gewerkschaftlicher Seite verstärkt. Die Materialien werden wahrgenommen als ausgleichendes Angebot angesichts einer Fülle arbeitgebernaher und neoliberaler Unterrichtsangebote, die in die Schulen drängen.

Wie entstehen die Materialien?

Alle Böckler-Schule-Materialien sind didaktisch aufbereitet. Sie durchlaufen ein komplexes Qualitätssicherungsverfahren. Zum einen nehmen die Kolleginnen und Kollegen der Hans-Böckler-Stiftung eine fachwissenschaftliche Prüfung der Materialien vor. Ebenso begutachten die Kolleginnen und Kollegen der DGB-Initiative Schule & Arbeitswelt die Materialien fachlich und schätzen sie politisch ein. Eine fachdidaktische Prüfung erfolgt durch die Zusammenarbeit mit Fachdidaktikern und Fachdidaktikerinnen verschiedener Universitäten. Außerdem gibt es einen Praxistest für alle Materialien. Ich kenne kein Angebot von Schulmaterialien, das eine ähnlich ausgefeilte Qualitätssicherung durchläuft. Das zeichnet Böckler Schule aus.

Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.

(Theodor W. Adorno)

DEUTSCHER WEITERBILDUNGSATLAS

Weiterbildungschancen in Deutschland sind regional ungleich verteilt

Lebenslanges Lernen ist eine Grundvoraussetzung für beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Deutschen Weiterbildungsatlas zeigt eine bundesweite Studie erstmals, wie stark sich die Teilnahmequoten regional unterscheiden und ob Regionen ihr Weiterbildungspotenzial nutzen.

Gütersloh, 16. September 2015.

Jeder siebte Deutsche ab 25 Jahren (13,5 Prozent) bildet sich mindestens einmal im Jahr fort. Die Weiterbildungsquoten sind allerdings bundesweit sehr unterschiedlich ausgeprägt: Während sich im Emsland nur 6 Prozent der Bevölkerung weiterbilden, sind es in der Region Würzburg mit 19 Prozent mehr als dreimal so viele Erwachsene. Bei Geringqualifizierten liegt die Weiterbildungsquote deutlich niedriger als bei höher qualifizierten Personen, wiederum mit erheblichen regionalen Unterschieden. Das sind die zentralen Ergebnisse des Deutschen Weiterbildungsatlas. Er stellt die Weiterbildungsquoten für die Bundesländer und erstmalig auch für die Raumordnungsregionen dar.

In einzelnen Raumordnungsregionen ist die Weiterbildungsbeteiligung dreimal so hoch wie in anderen. Die höchsten Werte finden sich nach Würzburg in den

Regionen Ingolstadt (18,7 Prozent) und Augsburg (18,1 Prozent). Die niedrigsten Quoten verzeichnen neben dem Emsland Aachen (6,5 Prozent) und Ostfriesland (7,6 Prozent). Die Quoten der Bundesländer unterscheiden sich weniger stark. Spitzenreiter bei der Weiterbildung ist Hessen mit 16 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg (15,7 Prozent) und Bayern (14,8 Prozent). Die geringsten Quoten finden sich im Saarland (11,3 Prozent), in Sachsen-Anhalt (11,6 Prozent) und in Sachsen (11,9 Prozent).

Geringqualifizierte abgehängt

In der Weiterbildung bestehen neben regionalen auch große soziale Unterschiede. Personen mit Ausbildungs- oder Hochschulabschluss haben mit 22,5 Prozent eine dreimal so hohe Teilnahmequote wie Geringqualifizierte (6,7 Prozent).

Auf Länderebene reicht die Spannbreite der Weiterbildungsquoten für Geringqualifizierte von 5,5 Prozent in Nordrhein-Westfalen bis 8,5 Prozent in Thüringen. Zwischen den Regionen sind die Unterschiede erneut mehr als dreimal so groß.

Potenziale bleiben ungenutzt

Der Weiterbildungsatlas zeigt: Sowohl die Qualifikationen der Bevölkerung als auch die Wirtschaftskraft vor Ort wirken sich positiv auf die Weiterbildungsteilnahme aus. Inwieweit Regionen ihre strukturellen Voraussetzungen für Weiterbildung nutzen, gibt die Potenzialausschöpfung des Deutschen Weiterbildungsatlas an. Sie vergleicht die tatsächliche Teilnahmequote vor Ort mit derjenigen, die aufgrund regionaler Strukturdaten zu erwarten wäre. Im Ländervergleich zeigt Hamburg (81,8 Prozent) die bundesweit geringste Potenzialausschöpfung. Auch Berlin (86,0 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (91,7 Prozent) nutzen ihre Potenziale für Weiterbildung nicht aus. Über den für sie zu erwartenden Werten liegen dagegen Hessen (111,1 Prozent), Baden-Württemberg (110,6 Prozent) und Schleswig-Holstein (106,4 Prozent)

Auch bei der Potenzialausschöpfung sind die Unterschiede zwischen den Regionen stärker als im Ländervergleich. Besonders erfolgreiche Regionen zeigen, dass Beratungsangebote, Kooperation der Weiterbildner und bessere Verkehrsverbindungen die Teilnahmequoten erhöhen können.

Zusatzinformationen

Der Deutsche Weiterbildungsatlas untersucht die Weiterbildungsteilnahme sowie das Weiterbildungsangebot von Volkshochschulen und privatwirtschaftlichen sowie betrieblichen Angeboten in Deutschlands Bundesländern und den 96 Raumordnungsregionen. Eine Raumordnungsregion umfasst mehrere Kreise und kreisfreie Städte.

Auf Grundlage des Mikrozensus der Jahre 2007 bis

2012 errechneten Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) die regionalen Teilnahmequoten der Deutschen ab dem 25. Lebensjahr sowie von Geringqualifizierten im zentralen Erwerbsalter (25-54 Jahre).

Alle Daten und Fakten für Deutschland, die Bundesländer und die Raumordnungsregionen sowie weitere Informationen finden Sie unter www.deutscher-weiterbildungsatlas.de und www.bertelsmannstiftung.de

AUSBILDUNGSMARKT AUS DEN FUGEN?

Nachlese zu den Hochschultagen Berufliche Bildung 2015

Die von Prof. Jennewein für die östlichen Bundesländer beschriebenen weitreichenden Probleme bei der Suche nach Auszubildenden sind in einzelnen

statt zur dualen Berufsausbildung. Dieser teilweise auch als Akademisierungswahn bezeichnete Trend ist seit Jahren zu beobachten und hat natürlich negative Auswirkungen

die Bildungsarbeit der allgemein bildenden Schulen und die in den berufsvorbereitenden Unterrichtsfächern tätigen Lehrkräfte, so Prof. Dr. Jennewein auf den Hochschultagen Berufliche Bildung 2015.



Es gehört zum Wesen von Prognosen, dass sie mit Unsicherheiten behaftet sind und zukünftige Entwicklungen nicht im Detail antizipieren können. Keiner weiß genau wie die Welt etwa in zehn Jahren aussehen wird. Allerdings zeichnen sich zurzeit zwei Entwicklungen ab, welche die Probleme am Ausbildungsstellenmarkt in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen.

Die Konsequenzen von Industrie 4.0

Branchen und Gebieten bereits in den westlichen Bundesländern angekommen. Auch hier sieht es zurzeit danach aus, dass die Suche nach Auszubildenden schwieriger wird, den östlichen Bundesländern insoweit eine gewisse Vorreiterrolle zukommt. Außerdem gibt es interessante Querverbindungen. So stellt beispielsweise der Zuzug von potentiellen Auszubildenden aus Mecklenburg-Vorpommern für Hamburg keine wirkliche Alternative mehr dar, da die Zahl der Jugendlichen und damit der potentiellen AusbildungsplatzbewerberInnen in den östlichen Bundesländern in den letzten Jahrzehnten drastisch zurückgegangen ist.

Insgesamt verschärft wird die gesamte Situation deutschlandweit durch den zunehmenden Drang junger Menschen zum Studium

auf die Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen. Droht uns daher in den nächsten Jahren ein insgesamt aus den Fugen geratender Ausbildungsmarkt? Werden Unternehmen und Verwaltungen generell händeringend nach Auszubildenden suchen?

Betriebe müssen neue Wege beschreiten, um geeignete Jugendliche für die Berufsausbildung zu gewinnen und sie zum Ausbildungserfolg zu führen. Dies bedingt vor allem, dass der Übergang zwischen dem Schulsystem und dem beruflichen Bildungssystem neu ausgerichtet wird und das berufliche Bildungspersonal neue Wege findet, Jugendliche bei zunehmender Heterogenität in ihrer Ausbildung erfolgreich zu begleiten und zu unterstützen. Hier ergeben sich neue Herausforderungen auch an

In den letzten beiden Jahren gibt es weltweit eine intensive Diskussion um die Konsequenzen der sogenannten „Industrie 4.0“ (synonym auch Bildung 4.0) für den Arbeitsmarkt. Generell kann unter Industrie 4.0 die Verschmelzung der physikalischen mit der virtuellen Welt verstanden werden. Es geht um das Zusammenwirken und die Kommunikation von Robotern und generell IT-Anwendungen untereinander sowie mit Menschen, beispielsweise in industriellen Prozessen oder auch beim heute viel diskutierten autonomen Fahren. Was wird das für den Arbeitsmarkt und damit dann letztlich auch den Ausbildungsmarkt bedeuten?

Hierzu gibt es zwei unterschiedliche Sichtweisen. Eine große Zahl der Autorinnen und Autoren geht basierend auf der Studie der beiden Wissenschaftler Frey und Osborne für den amerikanischen

Arbeitsmarkt davon aus, dass ein erheblicher Abbau von Arbeitsplätzen droht, da in der nahen bzw. weiteren Zukunft zurzeit existierende Berufe durch Maschinen und Roboter ersetzt werden. Dies reicht von der Ersetzung von FremdsprachensekretärInnen durch IT-Programme, dem bereits heute in Japan praktizierten Einsatz von Robotern in der Pflege, der Postauslieferung durch Drohnen bis hin zu dem Wegfall von BerufskraftfahrerInnen aufgrund selbstfahrender Fahrzeuge, wobei letzteres erst in der sehr fernen Zukunft geschehen wird, so Prof. Dr. Heister vom BIBB.

Andere ArbeitsmarktexpertInnen halten dagegen und weisen darauf hin, dass zwar Arbeitsplätze in einigen Berufen zu einem großen Teil verschwinden dürften, aber gleichzeitig auch neue entstehen würden, die wir vielleicht heute noch gar nicht erahnen könnten. Gegenüber der ersten Gruppe sind die „Arbeitsplatzoptimisten“ deutlich in der Minderheit. Im Übrigen sind sich alle Experten weitgehend einig, dass tendenziell einfachere Arbeitsplätze durch komplexere ersetzt werden und erhebliche Bildungsanstrengungen notwendig sind.

Flucht – eine neue Dimension

Eine zweite Entwicklung dürfte erhebliche Konsequenzen für den Arbeitsmarkt haben. Die hohe Zahl an Flüchtlingen, die in den letzten Jahren und vor allem aktuell nach Deutschland gekommen sind, fordert zunächst einmal



hohe Integrationsleistungen von Deutschland, die mit erheblichen Anstrengungen und Kosten verbunden sind. Ganz vorne stehen hier Unterbringungsprobleme und Sprachkurse. Die Zuwanderung bietet aber auch eine durchaus positive Perspektive für die Probleme am Ausbildungsmarkt.

Zahlreiche junge Flüchtlinge kommen nach Deutschland, die mittelfristig als Bewerberinnen und Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt auftreten könnten.

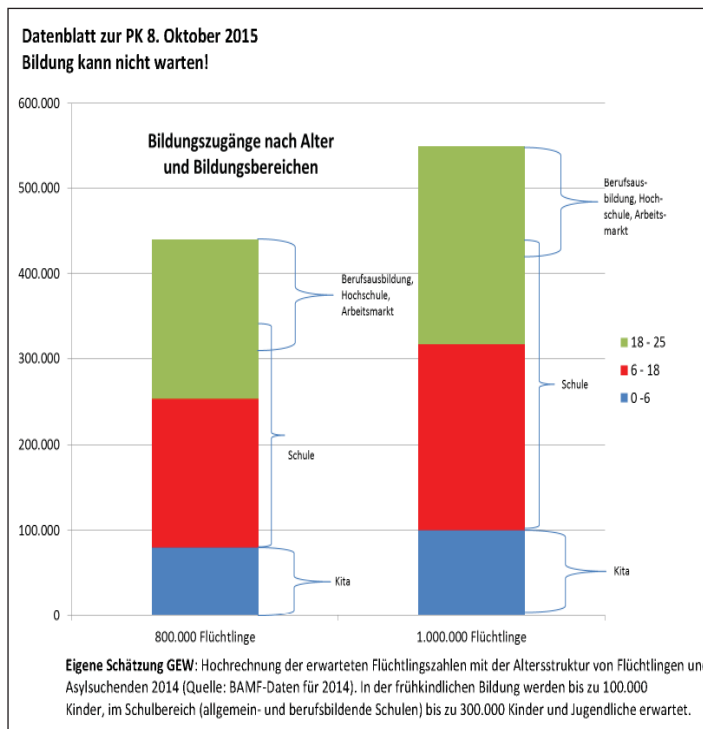
Viele von ihnen, vermutlich sogar die Mehrheit, verfügen weder über eine Berufsausbildung noch einen mittleren Schulabschluss. Beides könnten sie bei entsprechender bildungspolitischer Flankierung nachholen und damit für sich selber eine Perspektive schaffen und gleichzeitig den Ausbildungsmarkt bereichern.

Fazit

Keiner kann heute letztendlich sicher sagen, so Prof. Dr.

Heister, wie sich der Ausbildungsstellenmarkt in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. Es spricht allerdings vieles dafür, dass der zu vermutende Arbeits- und damit auch Ausbildungsplatzabbau im Rahmen von Industrie 4.0 und die hohen Flüchtlingszahlen dazu führen werden, dass der befürchtete große Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsplätze ausbleiben wird.

Aaron Löwenbein



ZWISCHEN KOMMUNIKATION, CORRECTNESS UND SYMBOLIK: „I“ „/IN“ „X“ „ *“

VOR UND NACH DEM TV-GENDERCRASH

Notwendiger Rückblick. Für Moderator **Martin Plasberg** ist sein Hart aber fair-TV-Talk in der ARD keine „Unterhaltungssendung“, sondern eine „politisch-gesellschaftliche Sendung“, so in der Zweitaufgabe von „Nieder mit den Ampelmännchen – Deutschland im Geschlechterwahn?“ am 7. September 2015. Da lag er mit seiner Meinung eher daneben. Die Erstauflage mit dieser Thematik am 2. März sollte den Einfluss von Gendermainstreaming auf Politik und Gesellschaft kritisch beleuchten, beispielhaft Verkehrszeichen, Tierfotos in Landschaftsprospekten oder Sprache (Studierendenwerk statt Studentenwerk), im Prinzip Nebenaspekte der Genderforschung, wenn überhaupt. Über die Grundsatzproblematik, erwiesenermaßen gesellschaftliche Benachteiligungen des weiblichen und auch des männlichen Geschlechts (25 % der ausländischen männlichen Jugendlichen ohne Schulabschluss – ein Skandal!), wurde wenig gestritten. Neue Erkenntnisse Fehl-anzeige. Insofern hatte diese „Talk-Diskussion“ bestenfalls nur einen begrenzten Unterhaltungswert und wäre wie die meisten vorherigen in der Mediathek des WDR eingestellt und eigentlich entsorgt worden. Ein geräuschloser Abgang.

Keineswegs. Beschwerden von Zuschauerinnen und Zuschauern und besonders von verschiedenen Frauenorganisationen setzten den WDR so unter Druck, dass diese Hart aber Fair-Sendung aus der Mediathek entfernt wurde, bald ein halbes Jahr danach. Dies wurde öffentlich. Vor allem die überregionalen Tageszeitungen (Print- und

Onlineausgaben) kritisierten unmissverständlich die Einflussnahme und diese Form der Zensur. Folge: Neuansetzung mit denselben Personen, ergänzt um WDR-Fernsehndirektor **Jörg Schönenborn** und **Sybille Mattfeldt-Kloth**. Schönenborn erhielt 20 Minuten Gelegenheit, den Entscheidungswirrwarr zu lichten und zu begründen. Es misslang. Mattfeldt-Kloth, Grünen-Politikerin, Juristin und stellvertretende Landesvorsitzende des Frauenrats Niedersachsen, war die Verfasserin der Programmbeschwerde. In der Zweitaufgabe monierte sie die fehlende Genderkompetenz in der ersten Gesprächsrunde. Ihr arrogantes Auftreten wurde in allen Medien einhellig missbilligt. Peinlich vor allem ihre eigenwillige und falsche Auslegung von Artikel 3 Grundgesetz (Gleichheit und Gleichberechtigung), den sie zudem über Artikel 5 (Presse- und Meinungsfreiheit) sehen wollte. Für eine solchermaßen juristische Inkompetenz wurde sie nicht nur in der Sendung, sondern auch in der Presse kritisiert. Was brachte diese 2. Sendung an Erkenntnissen? In der Sache gar nichts, noch nicht einmal Überlegungen und Gründe für eine geschlechtergerechte Sprache. Vor allem aber ein Hauen und Stechen von Alt- und Neofeministinnen, ziemlich schädlich für die Genderpolitik. In Zukunft dürften auch aufgrund dieser Sendung Gendermainstreaming-Anliegen eher mit Handschuhen und Pinzetten angefasst werden. Möglicherweise wird jetzt auch in Gesetzen und Verordnungen Zug um Zug geprüft, ob die praktizierte Förderung von Frauen bei Stellenvergaben nicht gegen

Artikel 3 Grundgesetz verstößt. Denn nicht wenige Männer meinen, sie würden dadurch individuell benachteiligt werden.

Gendersprache zwischen Ideologie und Pragmatismus

Geht es um gendergerechte Formulierungen in der Sprache, sticht die Unversöhnlichkeit der Kontrahenten hervor. Auf der einen Seite wird konsequent streng linguistisch argumentiert, dem auf der anderen Seite die gendergerechte Sprache, in sozialkonstruktivistischer Konnotation eingebettet, gegenübersteht. In Kurzform. Die Sprachwissenschaften kennen in Deutschland das grammatikalische Geschlecht. Jedes Substantiv verfügt darüber: Maskulinum (der Stuhl, der Mann), Femininum (die Bank, die Frau), Neutrum (das Rad, das Kind). Damit ist jedoch nicht untrennbar das biologische Geschlecht (Sexus), gelegentlich aber im Einzelfall, verbunden. Auf dieser Grundannahme baut die Grammatik in unserer Schriftsprache auf. (Im Gegensatz dazu gibt es im Englischen hingegen nur den bestimmten Artikel „the“.)

Seit Mitte der 1980er-Jahre ist das generische Maskulinum in die öffentliche Kritik geraten, da aus sprachökonomischen Gründen der verallgemeinernde Gebrauch der maskulinen Form für weibliche und männliche Personen als sinnvoll erachtet wird. Von diesem Grundansatz sind nahezu alle Medien nicht abgewichen. Um das Problem zu verdeutlichen, stelle man sich vor, dass in allen Nachrichtensendungen stets beide Geschlechter genannt würden. Zuhör-

ren und Verstehen wären ziemlich schwierig. Ähnliches gilt für das Gedruckte in Tageszeitungen, wo der Lesefluss bedeutsam ist. Der Schweizer Sprachwissenschaftler **Adolf Muschg** hat sich ausführlich mit dem aufkommenden „I“, das mitten ins Wort beispielsweise bei „LehrerInnen“ eingefädelt wird, auseinandergesetzt. Dieses „I“ wurde seinerzeit als „Stolper-I“ bezeichnet, weil darauf aufmerksam gemacht werden sollte, dass in vielen Berufen Frauen unterrepräsentiert sind, in unserer Realität aber kaum vorkommen: LokomotivführerInnen, PilotInnen, SchiffskapitänInnen, SchornsteinfegerInnen. Man sollte darüber stolpern, es ging um Bewusstmachen. Daraufhin setzten die bekannten Doppelnennungen ein. Die größten und größten unsinnigen Anredeformen wie „liebe Gästinnen und Gäste“ oder „liebe Mitgliederinnen und Mitglieder“ sind zum Glück nur noch zeithistorische Aperçus im Kabarett.

In der nächsten Phase der 1990er-Jahre sind formale Regelungen zu beobachten. So erließ das Hessische Ministerium der Justiz in einer von der Hessischen Landesregierung am 28. Januar 1992 beschlossenen „Richtlinie zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Vorschriften-sprache“ Formulierungshilfen als sprachliche Gestaltungsmittel: Verwendung von beiden Geschlechtern („Lehrerinnen und Lehrer“), von geschlechtsindifferenten Personenbezeichnungen („Vertrauensperson“ statt „Vertrauensmann“), Veränderung der Satzgestalt („ärztliche Behandlung“ statt „Behandlung durch den Arzt“). Schrägstrichformen („Lehrer/in“) oder Einklammerungen [„Lehrer(in)“] sind nicht zu verwenden. Das Binnen-I („KäuferIn“) scheidet aus. Soweit ein kleiner Auszug aus der Richtlinie. Im Kultusministerium und im Amt für Lehrerausbildung und

seinen Nachfolgern wurde diese Regierungsrichtlinie erst nach zehn (!) Jahren konsequent umgesetzt, in Schulen und Studienseminaren je nach Bewusstseinslage (ideologische Ausrichtung), Willen und praktischen Erwägungen noch später oder gar nicht.

In der HLZ, der hessischen Zeitschrift der GEW für Erziehung, Bildung, Forschung, werden seit einem Vierteljahrhundert Doppelnennungen, geschlechtsindifferente Personenbenennung und die Veränderung der Satzgestalt ziemlich konsequent und problemlos angewendet.

Das Binnen-I verursachte hingegen mehrere Probleme: Haupt- und Nebensatz (Relativsatz) mit dem Subjekt im Singular, Übersetzung in andere Sprachen oder das Aussprechen in Reden, weshalb es nur noch selten eingesetzt wird. Möglicherweise haben die neu etatisierten Gleichstellungsbeauftragten bewirkt, dass seither Political Correctness in der Sprache nicht selten Priorität vor der inhaltlichen Auseinandersetzung hat. In den Fachbereichen der Universitäten existieren umfangreiche Sprachregelwerke. Verstöße dagegen bleiben bei der Bewertung nicht unbeachtet. Auch die Wirtschaft folgt. Lesenswert zum Beispiel die zwölf Spielregeln in den „Gender Mainstreaming-Sprachregeln“ der Wirtschaftskammer Österreich (<https://wko.at/ubit/gender/sprache.htm>). Folge hoher Zeitaufwand, bis eine Arbeit regelkonform, perfekt geschrieben ist.

Verschärfte Gangart und neue Sprachformen

Zu Beginn der 2010er-Jahre verschärfte sich die Auseinandersetzung. Sie ist hochemotional und ziemlich von Ideologien

geleitet. Kaum noch überschaubar die Kommentare zu Internet-Beiträgen, wahrscheinlich Zehntausende. Zur Aufarbeitung dürfte wohl ein Markt mit Instituten entstehen, abgesehen von der Etablierung im Wissenschaftsbetrieb. Vorwürfe zuhauf. Die Gegenseite sei offensichtlich „sparsam geistig gebildet und erzogen worden“. Gegner von Gender und Political Correctness kritisieren die neue sich „breitmachende Bürokratie mit Sprachbeauftragten“, sprechen von „Umerziehungsprogrammen“ oder von „Sprachterror“ und „Sprachdiktatur“. Gender wird auch als „sektenartige organisierte Bewegung“ denunziert. Auf der anderen Seite, so auch die Beiträge in HLZ 5-8/2015, wird den Gender-Gegnern vorgeworfen, sie würden „Ressentiments und Sexismus befeuern“, sie wollten „doch wieder in die guten alten Zeiten zurückkehren, in der die Männer- und Frauenwelt der GEW noch in Ordnung war“. Bedauert wird auch, „patriarchalische Stammtischparolen in der HLZ lesen zu müssen“.

Sprachliche und gesellschaftliche Verständnislosigkeit, erkennbar unversöhnliche, ja sogar feindselige Haltungen sind offensichtlich, spürbar. Einige sprechen sogar von einem „Sprach- und Kulturkampf“. In der Öffentlichkeit wird angesichts der „Generationenaufgabe“ (Ministerpräsident Winfried Kretschmann), Millionen von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft zu integrieren, die Auseinandersetzung mit Political Correctness als „Luxusproblem einer permissiven Gesellschaft“ (permissive society) betrachtet. Die stark zunehmende Kritik an Political Correctness (PC/P.C./pc) sieht in ihr vor allem eine Strategie, konservative Werte zu verteidigen (https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Korrekttheit).

Gibt es Lösungen zur Verständigung? Auf absehbare Zeit wohl kaum. Denn die Diskussion über die Anzahl der Geschlechter ändert und weitet sich sogar aus. Aktuelle Lage. Es gäbe nicht nur zwei, sondern 16 Geschlechter (**Hadmut Danisch**, <http://www.danisch.de/blog/2012/09/06/16-verschiedene-geschlechter/>, nach Wirtschaftswoche). Eine ganz andere Dimension entfaltete **Magnus Hirschfeld** in seinem „*Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen*“ (1899 bis 1923). Hirschfeld meinte, die wahrscheinliche Zahl von 3 hoch 16 möglichen Sexualtypen errechnen zu können: $3^{16} = 43\,046\,721$. Dagegen nehmen sich die 60 Geschlechtsidentitäten, die Facebook in Zusammenarbeit mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD) erarbeitet hat, geradezu überaus übersichtlich an (<http://de.wikimannia.org-Geschlechtsidentitäten>). Die zurzeit politisch korrekteste (!) Bezeichnung für Menschen, die nicht heterosexuell «normiert» sind, lautet LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexuell/Transgender, Intersexuell; in Deutsch: lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell/transgender, intersexuell).

Vor diesem Hintergrund soll der Gendergap-Unterstrich (⏟) als Leerstelle bei Personenbezeichnungen in der Sprache anzeigen, dass die geschlechtsbezogene Zuordnung offen gelassen wird. Gleiches gilt für den Gender*Stern (*). In Beschlüssen der GEW findet der Unterstrich zunehmend Verwendung im Gegensatz zur Praxis in der HLZ. Linguisten in unserer Gewerkschaft weisen gerne darauf hin, derartige Texte mögen doch einmal laut gesprochen werden. **Ernst Jandl** hätte sicherlich daran seine wahre Freude gehabt. Das ist aber weiß Gott noch nicht das Ende der Entwicklung. **Lann Hornscheidt**, auf dem Gebiet der

Linguistik und Skandinavistik akademisch tätig, hat die Professur für Gender Studies und Sprachanalyse am Zentrum der transdisziplinären Geschlechterstudien der Humboldt-Universität Berlin inne (<https://de.wikipedia.org/wiki/Lann-Hornscheidt>). Ein wahrer Shitstorm richtete sich gegen ihn, als er 2014 vorschlug, geschlechtsunabhängig „Professx“ genannt zu werden, gesprochen Professiks. Damit will Hornscheidt eine geschlechtsneutrale Sprache, mit der sich auch LGBTI-Menschen identifizieren können, anwenden. Die Verwendung der „x“-Form soll geschlechtsspezifische Wortendungen aufheben, beispielsweise: „Einx gebildetx Lehrx liebt xs Bücher“ (geschrieben) oder: „liebe Professiks und Mitarbeitiks“ (gesprochen). Das ist intellektuell durchaus nicht anspruchslos und öffnet im Gesamtkontext von Sprachstrukturen und Gendermainstreaming im weitesten Sinne neue Sichtweisen, ist aber im Alltag wenig praktikabel. Ein Ende dieser Diskussion ist noch nicht in Sicht. Das neue Schlagwort heißt „Xenofeminismus“. Dahinter verbirgt sich die Utopie einer Gesellschaft, in der die Geschlechter abgeschafft werden, zugleich aber Hunderte von Geschlechtern blühen (**Harald Staun**, Schafft Hunderte Geschlechter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. August 2015). Fraglich, ob dann „_“, „*“ oder „x“ noch relevant sind oder lediglich Übergangssymbole waren.

Wege aus dem Sprachchaos

Nach diesen eher theoretischen Darlegungen stellt sich die Frage: Welche konkreten, brauchbaren Schlüsse können daraus für den Schulalltag gezogen werden? Dort geht es um Sachverhalte, die nur in den wenigsten Fällen ideologiebestimmt sind. Lehrerinnen und Lehrer werden in ihrer

Funktion als Lehrende, als Lehrkräfte angesprochen. Dabei ist der Genderaspekt in der Regel nur von zweitrangiger Bedeutung. Folglich sind **Unterstrich**, **Stern** oder **x** nicht relevant. Zudem sind sie in der formalsprachlichen Ästhetik durchaus als suboptimal zu werten. Es gibt eine Fülle von Ausdrucksmöglichkeiten, um solchermaßen kaum zielführende Konflikte zu vermeiden. Gebrauch von Doppelnennung (Lehrerinnen und Lehrer), von geschlechtsindifferenter allgemeiner Personenbezeichnung (Lehrkraft), von weiteren Funktionsbezeichnungen (beispielsweise Kolleginnen und Kollegen, Kollegium, Lehrende, Fachlehrkräfte).

Zwecks Kürzung des Textes bieten sich scheinbar auch Abkürzungen an. Der Idee, Lehrerinnen und Lehrer als LuLen zu bezeichnen, ist bisher noch niemand verfallen. Das ist gar nicht als „suboptimaler“ Witz zu verstehen. Warum? An mehreren (zunächst beruflichen) Studienseminaren wurden Schülerinnen und Schüler in Entwürfen zu Unterrichtsbesuchen oder (Examens-) Lehrproben zwecks Wortminimierung mit SuSen (auch SuS) abgekürzt. Denn auf Dauer erwies sich die bis dahin verwendete Abkürzung SS als hochnotpeinlich und „political incorrect“ (!). Auch für die Bezeichnung Schülerinnen und Schüler bieten sich je nach Situation, Funktion und Status mehrere Variationen an, wie Kinder, Jugendliche, Mädchen, Jungen, Heranwachsende, Auszubildende, Lernende oder Lerngruppe. Wer unverrückt auf seiner linguistischen oder genderbestimmten Position beharrt, dürfte kaum weiterkommen. Meinungs-, Gedanken- und Ideenaustausch vollziehen sich über Kommunikation mittels Sprache. Und Sprache ist keineswegs starr, sondern unterliegt auch (!) ständigen Veränderungsprozessen.

Joachim Euler

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

ÖKONOMIE UND GESELLSCHAFT

- Zwölf Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung

Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat in ihrer Reihe Themen und Materialien einen Sammelband zum Themenfeld Ökonomie und Gesellschaft herausgegeben. Offiziell ist dieses Heft vergriffen. Hinter den Kulissen tobt jedoch ein heftiger Streit, weil der Band nicht ausgewogen sei und das Themenfeld auch nicht zur Bundeszentrale gehöre. Wir werden in naher Zukunft ausführlich berichten. Es ist uns gelungen, die Materialien zu besorgen. Sie können bei Bedarf im Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik der IG-Metall nachgefragt werden.

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise(n) seit 2007 wird intensiv über das Erklärungspotenzial der Wirtschaftswissenschaften nachgedacht. Kritisch hinterfragt wird, ob und inwieweit die inzwischen hochspezialisierten mathematisch ausgerichteten Wissenschaften die sozialen Hintergründe der ökonomischen Entwicklung adäquat zu erfassen, zu erklären und sogar zu prognostizieren vermögen.

Welche Relevanz hat die (selbst-)kritische Reflexion der Wirtschaftswissenschaften für schulische Unterrichts- und Lehr-Lernprozesse über soziale Wirklichkeiten der ökonomischen Entwicklung? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für eine politisch-ökonomische bzw. sozioökonomische Bildung, die die Forderungen nach Mehrperspektivität und Pluralismus im Unterricht zu berücksichtigen versucht?

Der TuM-Band enthält zwölf

Unterrichtsbausteine, die Lehrkräfte und Dozenten unterstützen sollen, den Lernenden eine ganzheitliche Perspektive auf wirtschaftspolitische Probleme und auf ökonomisch geprägte Lebenssituationen zu eröffnen. Herausgegeben wird er von Prof. Bettina Zurstrassen von der Uni Bielefeld.



Bettina Zurstrassen ist u.a. eine der treibenden Kräfte in der Initiative für eine „gute ökonomische Bildung“, die sich in verschiedenen Stellungnahmen zum Fach Wirtschaft und zu der Frage, wie ökonomische Problemstellungen im Unterricht behandelt werden sollen, geäußert hat.

Die Initiative setzt sich dabei kritisch mit Vorstellungen aus dem Arbeitgeberlager oder aus dem Institut für ökonomische Bildung in Oldenburg auseinander. Hinweise zur Initiative: <http://www.iboeb.org/>

Das Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik hat noch Hefte zur Verfügung. InteressentInnen wenden sich bitte an: Berufsbildung@igmetall.de

Wap-newsletter 16.09.2015

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“ 2015/2016!

Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ des Vereins der Gewerkschaften für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. - Mach meinen Kumpel nicht an! - startet in die nächste Runde! Die Jugend ist wieder aufgerufen, sich zu beteiligen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein soziales Miteinander zu setzen! In der Darstellungsform sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt: egal ob Fotocollage, Video oder eine Aktion vor Ort – alles ist erlaubt! Der Wettbewerb richtet sich an Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsbildenden Schulen und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer Ausbildung befinden.

Es lohnt sich, mitzumachen und Flagge gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu zeigen, denn es gibt mehrere Preise zu gewinnen. Zu gewinnen gibt es 1000 Euro für den ersten Preis, 500 Euro für den zweiten Preis und 300 Euro für den dritten Preis. Der Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2016. Die Preisverleihung findet im März 2016 in Potsdam statt.

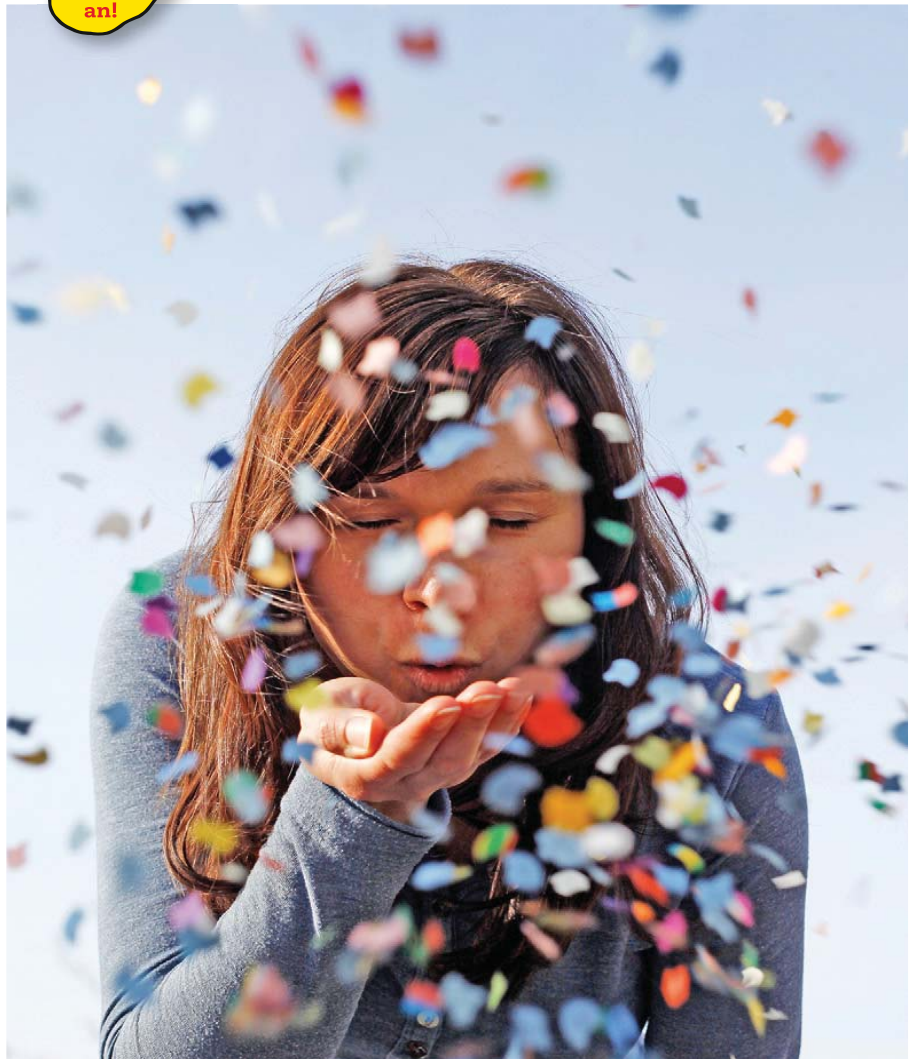
Im letzten Jahr ging der 2. Preis an die SchülerInnen des 3. Ausbildungsjahres „Maler und Lackierer“ an der Willy-Brand-Schule in Gießen für das Projekt „25 Jahre Mauerfall. Reißt die Mauer in Euren Köpfen ein.“ Die Klasse hat eine Mauer mit verschiedenen Graffiti zum Thema Rassismus entworfen und auf Platten gemalt. Die „Wand“ wird als „Wanderausstellung“ in verschiedenen Schulen und im Gewerkschaftshaus ausgestellt und darf dort immer wieder eingerissen werden. (vergl. insider 2/2015)

Infos zur Anmeldung und Einsendung der Beiträge unter: <http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell>

Der Verein der Gewerkschaften für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. - Mach' meinen Kumpel nicht an! - tritt für gleiche Rechte für alle ein. Seit seiner Gründung vor fast 30 Jahren engagiert er sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Sein Schwerpunkt liegt in der aufklärenden und präventiven Tätigkeit. Er unterstützt Jugendliche und Erwachsene in ihrem sozialen und politischen Engagement gegen Rassismus und für ein interkulturelles Miteinander.



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



DIE GELBE HAND WETTBEWERB 2015/16

Aktiv gegen Rassismus und
Rechtsextremismus in der Arbeitswelt